



Dreitäliger Abonnement für 1. Breslau 5 Mark, Bösen-Bosnien, 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechsteligen Zeitung 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postkassen Belieferungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 59. Morgen-Ausgabe.

Siebenundfünfziger Jahrgang. — Verlag von Eduard Trenoldt.

Sonnabend, den 5. Februar 1876.

Das Centrum.

In wenigen Tagen wird eine Schrift des Abgeordneten Reichensperger über das gegenwärtige Verhältnis zwischen dem Staat und der katholischen Kirche die Presse verlassen, die schon vor ihrem Erscheinen eine gewisse Sensation hervorruft. Im Ganzen sind wir es in Deutschland nicht gewohnt, politische Flugschriften als „Ereignisse“ zu betrachten; wir haben es oft staunend angesehen, wie in Frankreich derartige Schauspiele vorbereitet, in Scene gesetzt, von der Claque poussiert und vom Publikum bejubelt werden, und namentlich das Kaiserreich war fruchtbar darin, der Langeweile durch solche kleine Zwischenstücke vorzubeugen. In England kennt man einen solchen Broschürencultus nicht; Ausführungen ernsterer Art über die Tagespolitik gehören dort in die Vierteljahrschriften und werden lediglich nach dem Gedankeninhalt, welchen sie bieten, gewürdigt. Deutschland ist an politischen Flugschriften vielleicht noch reicher, als Frankreich, aber sie entspringen in der Regel mehr dem Bedürfnis des Verfassers, sich auszusprechen, als demjenigen des Lesers zu hören.

Einiges kann uns weder Herr Reichensperger noch einer seiner Fraktionsgenossen bieten; die Herren haben von der gebotenen Gelegenheit, ihre Wünsche und Ansichten von der Tribüne herab auszusprechen, einer so reichlichen Gebrauch gemacht, daß unterdrückte Gedanken ihnen nicht am Herzen nagen können. Wenn der in Rede stehende Flugschrift von vornherein eine größere Aufmerksamkeit zugeschenkt wird, so geschieht dies, weil man die Überzeugung hat, „es stecke etwas dahinter.“ Was die Partei will, darüber ist man auf allen Seiten völlig im Klaren; es handelt sich nur noch darum, was sie erreichen zu können hofft. Zwei Umstände sind es, die zum Nachdenken anregen. Zunächst die Reise des Cardinals Hohenlohe nach Rom, die dann doch irgend eine Ursache haben muß. Der Prinz Hohenlohe ist bei unserer Regierung gut angeschrieben, die ihn einst zum Botschafter beim Papst designirt hatte; er ist der nahe Verwandte einer ganzen Anzahl von Personen, die hervorragende Stellungen in unserem Lande einnehmen. Er ist aber zugleich Cardinal, und wenn auch die Heilsperone unter den Ultramontanen sich nicht sehr wohlwollend gegen ihn geäußert, ihm mancherlei Vorwürfe gemacht haben, so haben sie doch immer gewisse Rücksichten gegen ihn beobachtet. Bevor der Fürstbischof Görner die Unfalligkeit anerkannt hatte, war er in der Kaplanspreche viel bissigeren Angriffen ausgelebt, als der Cardinal Hohenlohe. Gegen die Rechtgläubigkeit des letzteren scheint man niemals Zweifel erhoben zu haben. Man warf ihm vor, daß er nicht, wie sein Amt es ertheile, an der Seite des Papstes geblieben sei; man scheint ihm mehr darüber geärgert zu haben, daß er sich nicht so, wie man gehofft, verwenden lasse, als man den Wunsch gehabt hat, auf seine Verwendung für immer zu verzichten. Zu seiner Unterhaltung oder aus Gesundheitsrücksicht ist er jetzt sicher nicht nach Rom gegangen; voraussichtlich ist ihm die Hoffnung nahegetreten, daß er seine Stellung als deutscher Reichsbürger mit derjenigen eines katholischen Kirchenfürsten dort in Einklang bringen könne.

Der zweite Umstand, welcher die Aufmerksamkeit herausfordert, ist der, daß die katholische Fraktion in der letzten Zeit sich einer besonderen Zurückhaltung und Besonnenheit befestigt hat. Die eigentlich Krieger im Streit, Männer wie Jörg und Schorlemér, betreten die Rednertribüne nicht und das Wort nehmen nur die Männer, die es auf das vorsichtigste abzuwagen verstanden. Bei der Beratung der Strafgesetznovelle trat die Zurückhaltung am schlagendsten hervor; vor einem Jahre noch zog Herr Windthorst die Gelegenheit an, den Haaren herbei, seine Sympathien für den Grafen Arnim auszuspielen; jetzt beteiligte sich das Centrum nicht an der Beratung des Arnim-Paragraphen. Bei dem Kanzel-Paragraphen, bei dem Kautschuk-Paragraphen stellte sich die Partei, als ginge diese Angelegenheit sie nichts an. Sie hofft auf eine Verständigung.

Die Forderung in der Schrift des Herrn Reichensperger geht, wie wir hören, dahin, daß entweder ein Concordat mit Rom geschlossen, oder auf Grund des wieder herzustellenden Artikels 15 der Verfassung die „freie Kirche“ begründet wird. Wer ernstlich Versöhnung sucht und laut so folzte Forderungen stellt, hat im Stillen Gegenleistungen zu bieten. Das Centrum ist so wenig als irgend eine andere Fraktion in sich homogen. Es finden sich in ihr hochconservative und radikale Neigungen; es finden sich in ihr geborene und geschworene Feinde Preußens und andererseits Männer, die mit schwerem Herzen den Krieg gegen den Staat begonnen haben. Herr Jörg ist still und Herr Windthorst weich geworden. Die Richtung des Herrn Reichensperger scheint innerhalb der Fraktion das Übergewicht gewonnen zu haben. Mit diesen zu verhandeln, ist der Reichskanzler nie abgeneigt gewesen. Wir haben alle Veranlassung, aufmerksam zu sein. „Vertraut auf Gott und haltet euer Pulver trocken.“

Die Andrássy'sche Note

lautet nach der „A. Btg.“ wörtlich wie folgt:

Von Andrássy-Pesth, 30. December 1875.
Cabinete, in ihrem Interesse an dem allgemeinen Frieden, ihre Blicke auf die Ereignisse richten müssen, welche denselben zu gefährden drohten.

Die drei Habsburgerstaaten, Österreich-Ungarn, Russland und Deutschland haben sich, nach einem Austausch ihrer diesbezüglichen Ansichten, zu gemeinsamen Bemühungen Beifalls Friedensstiftung vereinigt.

Dieser Zweck schien dem allgemeinen Wunsche zu sehr zu entsprechen, als daß die anderen Cabinets auf die Einladung, sich durch ihre Vertreter in Konstantinopel demselben anzuschließen, sich nicht beeilt hätten, ihre Anstrengungen mit den unfrigen zu verbinden.

Die Mächte haben sich in Einberufenen gesetzt, um allen ihnen zu Gefallen, so wie die Gefahren und das Elend derselben zu vermindern, indem sie Serbien und Montenegro verhinderten, sich an der Bewegung zu beteiligen.

Ihre Sprache war um so wirksamer, als sie identisch war und daher den freien Willen Europas befandete, keine Gefährdung des allgemeinen Friedens durch unbemittelte Überstürzungen zu gestalten.

Die Cabinets haben überdies der türkischen Regierung die guten Dienste ihrer Consular-Agenten angeboten, um zu der Beleidigung des Russlands mitzuwirken. In dem Berfolg dieser Aufgabe haben für Sorge getragen, gleichermassen jede Einmischung zu vermeiden und die Würde, die Rechte und die Autorität des Souveräns zu schonen.

Die Delegirten durften sich nicht als Enquete-Commission gebeten noch als Abvoluten der Wünsche der aufständischen Bevölkerung aufzuwerfen. Ihre Aufgabe war, der leichteren alle Selbstläuferungen über eine Unterstützung von auswärts zu befreien und sie zu ermahnen, nach Darlegung ihrer Wünsche und Klagen sich zu zerstreuen. Die Mächte behielten sich nur vor,

bei der türkischen Regierung diejenigen Forderungen der Aufständischen zu unterstützen, die berechtigt befunden würden. Dieses zuvor kommende Verfahren der Cabinets bezogte in genügender Weise die freundliche Abfahrt, welche sie bei Amtierung ihrer guten Dienste geleistet hatte; es befandte, daß in ihren Augen eine vollständige Solidarität in den Interessen Europas, der Pforte und der aufständischen Bevölkerungen vorhanden war, um einen verdächtlichen und blutigen Kampf ein Ziel zu setzen und durch ernste Reformen und wirksame Verbesserungen, welche die wahren Bedürfnisse des Landes mit den berechtigten Forderungen der Autorität verschönern würden, eine Wiederkehr derselben zu verbieten.

Dies ist in wenigen Worten der geschichtliche Verlauf des seit dem Ausbruch des Aufstandes von den Mächten eingeschlagenen Verfahrens.

Die Cabinets haben sich bis zum heutigen Tage vornehmlich von dem Wunsche leiten lassen, alles zu vermeiden, was als eine verfrühte Einmischung Europas angesehen werden könnte.

In diesem Gedankengange haben sich alle Cabinets darauf beschränkt, der Regierung des Sultans den Rat zu geben, sich nicht an bloße militärische Maßregeln zu halten, sondern eher auszugehen, das Uebel durch moralische Mittel zu bekämpfen, welche zuläufigen Ruhestörungen vorzubeugen bestimmt sind.

Die Cabinets hatten, indem sie so handelten, die Absicht, der hohen Pforte die moralische Unterstützung, deren sie bedurfte, zu leisten und außerdem die Zeit zur Verbilligung der Gemüther in den aufständischen Provinzen zu gewähren, weil sie sich der Hoffnung hingaben, daß jede Gefahr einer weiteren Verwickelung in dieser Weise begegnet sei.

Leider sind ihre Hoffnungen getäuscht worden. Einerseits scheinen die von der Pforte veröffentlichten Reformen nicht die Beleidigung des Volkes in den aufständischen Provinzen ins Auge gefaßt zu haben und auch nicht zur Errichtung des wesentlichen Zwecks zu genügen. Andererseits ist es den türkischen Waffen nicht gelungen, dem Aufstande ein Ziel zu setzen.

Unter diesen Umständen glauben wir, daß der Augenblick für die Mächte gekommen ist, sich über einen gemeinsam zu beschreitenden Weg zu einigen, auf welchem sie verhindern können, daß die Bewegung durch längere Fortdauer schließlich den Frieden Europas gefährdet.

Oben wie die anderen Mächte haben wir den wohlwollenden Absichten, welche den jüngsten Planen des Sultans zu Grunde liegen, Beifall gezeigt. Die Fidei vom 2. October und der Ferman vom 12. December enthalten eine Reihe von Grundzügen, welche in die Organisation des ottomanischen Reiches als Reformen eingeführt zu werden bestimmt sind.

Man darf annehmen, daß, wenn diese Grundzüge in weise gefaßte Gesetzesbestimmungen übertragen werden sind und wenn vor Allem ihre praktische Handhabung vollkommen den hellen Gesichtspunkten ihres Ursprungs entspricht, wirkliche Verbesserungen in der türkischen Staatsverwaltung werden erzielt werden.

Gleichwohl können wir uns nicht verhehlen, daß die angekündigten Reformen nicht aus sich allein die Wirkung haben können, dem Blutvergießen in der Herzegovina und in Bosnien auch nur für einen Augenblick Einhalt zu thun, und daß sie eben so wenig dazu angebracht sind, die künftige Ruhe dieser Theile des ottomanischen Gebietes auf festen Unterlagen zu begründen.

In der That, prüft man den Inhalt des Fidei vom 2. October und des Fiderns vom 12. December, so kann man nicht umhin, anzuerkennen, daß die hohe Pforte sich mehr mit allgemeinen Grundzügen, welche in bestimmter Fassung der Reichsverwaltung zur Grundlage werden dienen können, als mit der Herstellung des Friedens in den heute im Aufstande befindlichen Provinzen beschäftigt hat.

Es liegt ganz besonders im Interesse der ottomanischen Regierung, daß vor Allem die Herstellung des Friedens gesichert werde, denn bevor diese erreicht ist, wird es unmöglich sein, die Reformen in Leben treten zu lassen, welche die hohe Pforte selbst proclamirt hat.

Andererseits haben die anarchistischen Zustände, welche die nordwestlichen Provinzen der Türkei verursachten, nicht nur Schwierigkeiten für die hohe Pforte im Gefolge, es liegt in ihnen auch eine große Gefahr für den allgemeinen Frieden, und die verschiedenen Staaten Europas können nicht mit Gleichgültigkeit einen Zustand sich stets wiederholen und verschlimmern sehen, der schon jetzt schwer auf Handel und Industrie lastet und der, mit jedem Tage mehr das Vertrauen des Publikums in die Erhaltung des Friedens erschütternd, stets höhere und wichtige Interessen in Frage stellt.

Auch glauben wir eine gebietserliche Pflicht zu erfüllen, indem wir der ernstlichen Erwagung der Garantiemächte die Nothwendigkeit anheimstellen, der hohen Pforte anzuempfehlen, ihr Programm durch solche Maßregeln zu vervollständigen, die unabwendbar erscheinen, um in den augenblicklich durch die Geiselnahme des Bürgerkriegs verwüsteten Provinzen Friede und Ordnung wiederherzustellen.

Als Ergebnis eines vertraulichen Ideentausches, der zwischen uns und den Cabinets von Petersburg und Berlin stattgefunden hat, gelangten wir zu dem Schlusse, daß diese Maßregeln in einer zweifachen Richtung gesucht werden müssen, erstens auf moralischem und zweitens auf materiellem Gebiete.

In der That ist die materielle Lage der christlichen Bevölkerung Bosniens und der Herzegovina in letzter Instanz nur von ihrer sozialen und moralischen Stellung abhängig.

Wenn man die Ursachen der eigenthümlichen Lage, in der sich die Herzegovina und Bosnien seit so vielen Jahren befinden, einer eingehenden Untersuchung unterwirft, so fällt gleich von vorn herein die besonders feindselige und argwöhnische Gesinnung auf, von der Christen und Moslems gegenüber befehlt sind. Dieses allgemeine Misstrauen war der hauptsächlichste Grund, der es unseren Abgeordneten unmöglich machte, den aufständischen Christen die Überzeugung beizubringen, daß die türkischen Behörden den aufrichtigen Willen hätten, ihren Beschwerden Abhilfe zu schaffen. Es giebt vielleicht keine Gegenpartei der europäischen Türkei, in welcher der Gegenzug zwischen Kreuz und Halbmond so schroffe Formen angenommen hat.

Dieser fanatische Hass und dieses Misstrauen müssen zum größten Theile der Nachbarschaft anderer Völker derselben Stammes zugeschrieben werden, welche den vollen Genuss jener Religionsfreiheit besitzen, deren sich die Christen der Herzegovina und Bosniens beraut sehen. Die unablässige Vergleichung bewirkt, daß sie den Eindruck bekommen, unter dem Joch einer wahrhaften Knechtschaft zu stehen, das der Name Rajah sogar sie in eine moralisch niedrigere Stellung zu ihren Nachbarn zu bringen scheint, daß sie sich mit Einem Worte als Slaven fühlen.

Mehr als ein Mal hat Europa sich mit ihren Klagen zu beschäftigen gehabt, so wie mit den Mitteln, denselben Abhilfe zu schaffen. Der Hatti Humayum von 1856 gehört zu den Früchten dieser Thätigkeit der Mächte. In den Besitzungen dieses Actes selbst aber wird die Religionsfreiheit noch durch Clausen eingeschränkt, welche zumal in der Herzegovina und Bosnien mit einer Härte zur Anwendung gebracht wurden, die jedes Jahr neue Confликte hervorrief. Der Bau der dem öffentlichen Gottesdienst sowie dem Unterricht geweihten Gebäude, der Gebrauch der Glocken, die Bildung religiöser Gemeinschaften finden sich in diesen Provinzen noch immer Hindernissen unterworfen, welche den Christen, eben so wie die Grinnerungszeichen an den Croberungskrieg erschienen, welche sie in den Moselmännern nur die Feinde ihres Glaubens erblicken lassen und den Eindruck verewigen, daß sie unter einem Joch leben, welches abzuschütteln man nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht habe.

Der letzte Ferman berührt wohl diesen Punkt der religiösen Freiheit ebenso wie es übrigens schon der Hatti Scherif von 1839, der Hatti Humayum von 1856 und andere Erlassen der hohen Pforte gethan hatten. Er bestätigt die Gewalts, mit denen die Patriarchen und andere geistliche Oberhäupter für die Angelegenheiten ihrer Sprengel und für die freie Ausübung ihrer Religionsdienste ausgerüstet sind, aber er sieht ihnen die ihnen verliehenen Rechte und Gewaltigkeiten zugleich als Grenzen. Er verspricht auch Entlastungen für den Bau von Kirchen und Schulen, ein Versprechen, das öfter als einmal in amtlichen Urkunden niedergelegt worden ist, aber das nicht zur Verhüllung beitragen kann, weil seine Erfüllung von den Provinzialbehörden abhängt, welche unter dem Drude der Stimmung der Provinzbevölkerungen dasselbe nicht ins Werk setzen können, wenn nicht der Grundzuf ausdrücklich und laut ausgesprochen wird. Der so eben erlassene Ferman geht

also keineswegs über das Maß der Zugeständnisse des Hatti Humayum hinaus, welcher, wie ich es oben herorgehoben habe, die religiöse Freiheit mit Einschränkungen umgibt, die im Laufe der letzten Jahre zahlreiche Streitigkeiten herverhoben haben. Besonders, wie sie sind, haben die Zugeständnisse, um die es sich handelt, niemals genügt, um die Christen zu befriedigen. Um so weniger wird dies heute der Fall sein nach den Ereignissen, welche das Land mit Blut benetzen und den Widerstreit, der die beiden Glaubensformen trennt, nur noch vergiften kann. Wenn der Aufstand erst erstickt sein wird, so wird das mohammedanische Element sich als Sieger betrachten, ohne Zweifel darauf ausgehen, sich an den Christen für die Verluste zu rächen, die ein so heftiger Kampf ihnen auferlegt hat. Ein Zustand der Dinge, der das Nebeneinanderwohnen von Theilen der Bevölkerung, die sich eben noch mit so viel Erbitterung bekämpft haben, ermöglicht, kann also nur dadurch gesichert werden, daß die christliche Religion von Rechts wegen und tatsächlich auf den Fuß vollkommenster Gleichheit mit dem Islam gestellt wird, daß sie öffentlich anerkannt und geachtet und nicht nur, wie noch heutzutage bloß geduldet ist. Aus diesem Grunde müssen unserer Ansicht nach, die Garantiemächte die volle und ganze religiöse Freiheit nicht nur fordern, sondern auch, als das erste und wesentlichste Zugeständnis erlangen. Die Gleichheit vor dem Gesetz ist ein ausdrücklich in dem Hatti-Humayum verfügter Grundzuf, Es ist dies ohne Zweifel die Urade, weshalb die jüngsten Erlassen des Sultans es unterlassen haben, seiner zu erwähnen.

Aber dieser Grundzuf, obgleich rechtlich gültig, wird doch noch nicht allgemein im ganzen Reich angewandt. Thatsächlich wird das Beugniß von Christen gegen Muselmänner an den Gerichtshöfen von Konstantinopel und den meisten anderen großen Städten zugelassen, aber in einigen entfernten Provinzen, wie die Herzegovina und Bosnien, weigern sich die Richter, seine Gültigkeit anzuerkennen. Es wird also darauf ankommt, praktische Maßregeln dafür zu ergreifen, daß die Christen in der Zukunft nicht Justizverweigerungen zu befürchten hätten.

Ein anderer Punkt, welcher dringend der Abbilfe bedarf, ist die Verpachtung der Steuern. Schon der Hatti Scherif von 1839 hat über dieses System das Folgende gesagt: „Ein schlimmer Gebrauch besteht noch, obgleich derselbe nur verderbliche Folgen haben kann, nämlich die lästigen Concessonen, die mit dem Namen Ilizam bezeichnet werden. Nach diesem System ist die bürgerliche und finanzielle Verwaltung eines Ortes der Willkür eines einzelnen Menschen überlassen, d. h. manchmal der eisernen Hand der gewaltigsten Leidenschaften.“

Und der Hatti Humayum von 1856 besagt das Folgende: „Man wird auf die raschesten und kräftigsten Mittel bedarf sein, um die Missbräuche bei der Erhebung der Steuern, namentlich der Zehnten, abzustellen. Das System der direkten Erhebung soll nach und nach, und sobald als thunlich, an die Stelle der Verpachtung in allen Zweigen der Staatsfinanzen gesetzt werden.“

Trotz dieser bündigen Erklärungen besteht das Verpachtungssystem noch in seinem ganzen Umfange. Heute stellt die hohe Pforte Reformen in dieser Richtung in Aussicht, ohne jedoch näher darauf einzugehen. Der Ferman vom 12. December bezeichnet von Neuem das jetzt in Ausübung stehende System der Steuereintreibung als nicht in der Ordnung. Er erhebt wieder einen Moos und die Gleimzähigkeit der Auflagen zu suchen. Er befiehlt auch, Maßregeln zu ergreifen, „um der Willkür bei der Einführung des Zehnten durch Vermittlung der Pächter zu steuern“, aber er hebt die Verpachtungswirtschaft nicht auf. Will man daher dem Aufstand einen wesentlichen und nie ausgehenden Nahrungsmittel entziehen, so ist einer der Punkte, die man von der Pforte verlangen muß, der, daß sie die klare und bestimmte Erklärung gebe, daß das System der Verpachtung der Steuern nicht bloss dem Rechte nach, sondern auch tatsächlich für Bosnien und die Herzegovina abgeschafft ist, und es ist nötig, daß diese Maßregel unverzüglich in Ausführung gebracht werde.

Eine der Ursachen, welche die materiell schon so schwere Last der Steuern in Bosnien und der Herzegovina noch schwerer machen, ist die, daß die Bewohner sich finanziell zum Vortheil des Centrums ausgeben lassen. Sie haben die Überzeugung, daß die Leistung der Abgaben keineswegs zur Bezahlung der Bedürfnisse der Provinz selbst verbandt wird, sondern daß die Gesamtheit der erhobenen Summen unverzüglich nach Konstantinopel geschickt wird, um dort zum Gebrauch der Central-Regierung verwandt zu werden.

Es wäre daher nötig, die Last der Auflagen, welche die Provinz zu tragen hat, moralisch zu erleichtern, wenn dieselbe erlangt, daß unbeobachtet dessen, was die Untosten des Reiches erfordern, ein Theil des Ertrages der von der Provinz gezahlten Abgaben zu Verwendungen, die ihren eigenen Interessen vortheilhaft wären, vorbehalten würde.

Zu diesem Zweck müßte die Pforte erklären, daß der Ertrag der indirekten Steuern, wie bisher, zu den Bedürfnissen des ganzen Reiches verwendet, das dagegen die aus den directen Steuern fließenden Gelder in der Provinz bleiben und ausschließlich zu ihrem Besten verwendet werden würden, um deren Hilfsquellen zu haben und ihre Wohlthat zu vermehren. Die Ausführung dieser Bestimmung müßte unter die Überwachung des gewählten Ausschusses, von dem im Verlaufe dieser Arbeit sogleich die Rede sein wird, gestellt werden.

Die traurige Lage der Christen Bosniens und der Herzegovina beruht zum großen Theil auf der Art des Verhältnisses, das zwischen der Landbevölkerung und den Grundbesitzern besteht. Die wirtschaftlichen Streitigkeiten haben auch stets einen besonders erbitterten Charakter in dem Lande, wo die Klasse der Grundbesitzer entweder der Religion oder der Nationalität nach von der Klasse der Ackerbauer verschieden ist; es liegen nur zu viele Fälle von leidenschaftlichen Kämpfen vor, welche Folge einer solchen Lage waren.

unbebaute Landesparzellen zu erwerben, die der Staat zum Verkauf stellen müsste. Wenn sie dann weiter den Wunsch haben, als Vächter den Grundbesitz ihrer muslimischen Landsleute zu bebauen, so würden sie nach und nach dazu kommen, selber ein kleines Grundstück zu besitzen, das ihnen eine gewisse Unabhängigkeit sichern und sie gegen Erpressungen schützen würde.

Wenn man daran denkt, wie wenig Glauben bei den christlichen Bevölkerung die Verbesserungen der hohen Pforte finden, so kann man sich nicht verhehlen, daß die bekanntgemachten Reformpläne das erforderliche Vertrauen nur dann würden einföhren können, wenn man gleichzeitig eine Institution schüre, welche eine sichere Bürgschaft für die ernsthafte Durchführung dieser Reformen böte. Begrüßt man sich, die Ausführung der Provinzialregierungen anheimzugeben, so würde man nicht dazu gelangen, das Misstrauen, von dem ich spreche, zu überwinden. Es würde also eine Commission von Notabeln des Landes einzusetzen sein, bestehend zur Hälfte aus Muslimmännern und zur Hälfte aus Christen, gewählt von den Einwohnern der Provinz nach einem von der hohen Pforte bestimmten Modus.

Ich habe hiermit die Punkte dargelegt, deren Anwendung in den aufständischen Provinzen erlangt werden müßte, um sich der gegründeten Hoffnung auf Friedensstiftung hingeben zu können. Diese Punkte sind: Die volle und unbedingte Religionsfreiheit; die Abschaffung der Verpflichtung der Steuern; ein Gesetz, welches verbürgt, daß der Ertrag der direkten Steuern von Bosnien und der Herzegowina zum Besten der Provinz selbst, unter Aufsicht der in dem Geiste des Tercmans vom 12. December eingesetzten Organe verwendet werde; die Einsetzung eines besonderen Ausschusses, der in gleicher Anzahl aus Muslimmännern und Christen besteht, um die Ausführung der von den Mächten vorgeschlagenen, sowie der in dem Trade vom 2. October und im Tercman vom 12. December verkündigten Reformen zu überwachen; endlich die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Landbevölkerung. Die ersten Punkte könnten und müßten unverzüglich durch die hohe Pforte eingeführt werden, der fünfte ist zu erwarten und so bald wie irgend möglich.

Wenn, unabhängig von den Bedingungen, welche uns als die wesentlichsten erscheinen, Bosnien und die Herzegowina noch die folgenden Reformen erhalten, die in dem jüngsten Tercman angedeutet sind: einen Provinzialrat und Gerichtshof, frei gemacht durch die Einwohner; die Unabkömlichkeit der Richter; die Laien-Juris; die persönliche Freiheit; die Bürgschaft gegen Wahlhandlungen; die Umgestaltung der Polizei, deren Versäumnisse viele Klagen hervorgerufen hat; das Aufhören der Missbräuche, zu welchen die Leistungen von Arbeiten zum öffentlichen Nutzen Anlaß geben; eine gerechte Herabsetzung der Gebühren für Versteigerung vom Militärdienste; die dem Eigentumrechte zu gebenden Bürgschaften; wenn alle diese Reformen, in Betreff deren wir uns von der Pforte Mittheilung erhielten, um davon seierlich Act zu nehmen, Anwendung gefunden haben in den aufständischen Provinzen, welche, nach dem Tercme vom Tercman zu urtheilen, scheinen noch nicht sogleich mit denselben bedacht werden zu sollen, so würde man hoffen können, den Frieden in diese verwüsteten Gegenenden zurückzuführen zu sehen.

Ich komme zum Schluß. Die unbekümmerten Verbesserungen des Trade vom 2. October und des Tercmans vom 12. December könnten die Hoffnungen nur exaltieren, anstatt sie zu beruhigen. Andererseits ist festzuhalten, daß es den türkischen Waffen nicht gelungen ist, den Aufstand zu beenden. Der Winter hat dem Aufstand einen theilweisen Stillstand geboten. Der Frühling wird ihn wieder auflösen. Die Überzeugung, daß mit den Kommen des Frühjahrs neue Elemente den Aufstand verstärken, daß die Bulgaren und Krete die Bewegung verstärken werden, ist unter den Christen der Türkei eine allgemeine. Wie dem auch sein mag, jedenfalls ist vorauszusehen, daß die Regierungen von Serbien und Montenegro, welche sich bis zu diesem Augenblicke nicht ohne Mühe außerhalb der Bewegung gehalten haben, alsdann nicht mehr im Stande sein werden, der herrschenden Strömung Widerstand zu leisten, und schon jetzt scheinen sie sich unter dem Eindruck der Ereignisse und der öffentlichen Meinung in ihren Ländern mit dem Gedanken vertraut gemacht zu haben, beim Schmelzen des Schnees in den Kampf einzutreten.

Bei dieser Sachlage gestaltet sich der Versuch der Mächte, im Interesse des allgemeinen Friedens die äußersten Verwicklungen zu vermeiden, sehr schwierig. Österreich-Ungarn und die beiden andern kaiserlichen Hosen haben sich im Verlauf eines vertraulichen Deutschen-Austausches in der Überzeugung vereinigt, daß, wenn man sich darauf befrüchten wollte, den Erfolg der durch den jüngsten Tercman veröffentlichten Reform-Vorschläge abzuwarten — Vorschläge, welche außerdem nach den Ansichten der Pforte nicht sofort auf die aufständischen Landesheile angewandt werden dürfen — man alsdann ein ganz anderes Resultat als das erwartete erzielen werde, daß vielmehr der Conflict gegen Ende des Winters eine bedeutend größere Ausdehnung annehmen würde. Die drei Cabinets glauben daher, daß die einzige Maßregel, neue Verbesserungen zu vermeiden, welche Aussicht auf Erfolg hat, in einer von den Mächten ausgehenden Kundgebung bestehen müßte, welche deren ausdrücklichen Willen

harrt, der Bewegung, welche den ganzen Orient zu übersätten droht, Einhalt zu thun.

Dieser Zweck könnte indessen nicht allein durch eine an die fürstlichen Regierungen und die christlichen Unterhänden des Sultans gerichtete Aufforderung erreicht werden. Damit diese in sich schon äußerst schwierige Maßregel Aussicht auf Erfolg habe, ist es unumgänglich notwendig, daß die Mächte sich auf klare, unanfechtbare und praktische Reformen berufen können, welche besonders geeignet sind, die Lage der Herzegowina und Bosnien zu verbessern, mit einem Worte, daß ihre Vermittelung sich auf Thatsachen und nicht nur auf Programme stützen könne. Nur auf diesem Wege werden die Mächte im Stande sein, ihren friedlichen Rathsclägen den nötigen Nachdruck zu geben.

Es gibt noch eine andere Schwierigkeit, und es ist die größte, welche man um jeden Preis überwinden muß. Diese Schwierigkeit ist das grundlegend eingemurte Misstrauen, welches alle Versprechungen der Pforte bei den Christen begegnen. Ein Hauptgrund dieses Misstrauens ist in der That zu finden, daß mehr als eine in den letzten Erläuterungen des Sultans versprochene Maßregel bereits in den früheren Hatti-Scherifs proklamirt war, ohne daß die Lage der Christen eine merliche Verbesserung erfahren hätte.

Auch halten die Cabinets es für durchaus notwendig, zu erlangen, daß die Regierung des Sultans durch die Einziehung einer offiziellen Commission ihre Absichten in Beziehung auf das gesamte Reich, wie sie in dem Trade vom 2. October und im Tercman vom 12. December dargelegt sind, bestätige und daß sie zugleich den Mächten ihre Annahme der oben erwähnten Punkte notifiziere, welche die Verhübung der aufständischen Provinzen zum besondern Zweck haben.

Ohne Zweifel würden die Christen durch diese Mittel nicht die Form der Garantie erhalten, welche sie augenblicklich zu verlangen scheinen, aber sie würden eine verhältnismäßige Sicherheit in der Thatsache selbst finden, daß die octroyirten Reformen von den Mächten als unerlässlich anerkannt werden, und daß die Pforte Europa gegenüber die Verpflichtung übernimmt, sie zur Ausführung zu bringen.

Dieses ist die aus einem vorherigen Deutschen-Austausch zwischen den Cabinets von Österreich-Ungarn, Russland und Deutschland hervorgegangene erste Überzeugung.

Ex. Excellenz ist beauftragt, diese Ansicht zu Kenntniß des . . . zu bringen und dessen Mitwirkung zu dem Friedenswerke zu erlangen, dessen Gelungen alle unsere Bemühungen anstreben.

Wenn, wie ich hoffe, die Ansichten der . . . Regierung sich mit den unfrigen begegnen, würden wir derselben aus Rücksicht für die Würde und Unabhängigkeit der Pforte vorschlagen, unsere Rathscläge an diese nicht in einer Collectivnote zu richten, sondern nur uns darauf zu beschränken, unsere Vertreter in Konstantinopel aufzufordern, gemeinschaftlich und in identischer Weise bei der Regierung des Sultans in dem von uns entwickelten Sinne zu wirken.

Sie wollen gefällig, Herr Graf, die gegenwärtige Depesche dem Herrn Minister des auswärtigen Angelegenheiten verlesen und denselben eine Abschrift davon zuzulassen, und ich würde es Ihnen Dank wissen, wenn Sie mir so bald als möglich mittheilen wollten, welchen Eindruck dieselbe auf Ex. Excellenz gemacht hat. Genehmigen Sie u. s. w.

Breslau, 4. Februar.

Der Reichstag scheint den ersten Willen zu haben, mit seinen Arbeiten bis zum 12. Februar fertig zu werden, denn er hielt gestern Abend noch eine Sitzung, welche bis 11 Uhr dauerte, und beendete in derselben die zweite Berathung des Hilfsfassengesetzes.

Bei der dritten Lesung der Strafgesetznovelle, welche erst in nächster Woche stattfinden soll, wollen die Nationalliberalen die Beihilfe der zweiten Berathung an drei Stellen modifizieren. Die §§ 4 und 5 der Vorlage, welche von den Deutschen im Auslande begangenen Verbrechen u. s. w. handeln, sollen in veränderter Gestalt wiederhergestellt werden, der Duchesne-Paragraph soll eine der Regierung genehmigte Fassung erhalten und der verschärzte Kanzelparagraph soll diesmal eine Majorität finden. Vielleicht hält der Reichskanzler, der gestern wieder dem Kaiser Vortrag gehalten hat, sein persönliches Erscheinen bei der Berathung für notwendig.

Graf Eulenburg hat, wie die „Post“ mittheilt, in Folge seiner neulichen Rede eine Mitgliedskarte des hiesigen sozialdemokratischen Vereins erhalten nebst Quittung über einen Monatsbeitrag. Der Verein hat ohne Zweifel seinen Dank dafür ausdrücken wollen, daß die dem Minister unterstehende „Prov.-Corr.“, welche bekanntlich den amtlichen Kreisblättern beigelegt wird, die fernere Verbreitung jener Blüthenlese von sozialdemokratischen Artikeln,

welche in der Reichstagssitzung vom 27. Januar verlesen wurden, übernommen hat.

In München soll, wie süddeutsche Blätter berichten, die Erlassung eines Gesetzes erwogen werden, durch welches angeordnet würde, daß ein Mitglied des Reichstages nicht zugleich Mitglied der bayerischen Abgeordnetenkammer sein könne. Es soll dadurch ermöglicht werden, daß der bayerische Landtag zu gleicher Zeit mit dem Reichstage versammelt sein könnte. Allerdings würden auf diese Weise die nicht allein in Bayern schwer empfundene Unzuträglichkeiten des gegenwärtigen Zustandes sich radical beseitigen lassen; aber einem solchen Gesetze würden sich doch, selbst wenn man die in ihm liegende thatsächliche Beeinträchtigung des pfälzischen Reichswahlrechts nicht weiter anfechten wollte, die ernstesten praktischen Bedenken entgegenstellen, ja, seine Durchführbarkeit würde so gut wie unmöglich scheinen müssen.

In Italien ist die Gründung der neuen Kammer session der „Opinione“ zufolge auf den 2. März festgesetzt. Der Schluß der gegenwärtig vertragten Session ist indessen noch nicht amtlich verkündet worden. — Der Unterrichts-Minister Bonghi hat eine Commission ernannt, welche über die Anwendung des neuen italienischen Universitäts-Reglements auf die Candidaten für Staatsämter berathen soll. Es sind alle Civilministerien in dieser Commission vertreten und die Frage, um welche es sich handelt, ist die, ob ein von einer juridischen Facultät ausgestelltes Doctor-Diplom aus den Staatswissenschaften an sich schon dem Diplomirten die Befähigung für Staatsämter geben solle. Die Commission hat bisher zwei Sitzungen gehalten und vorläufig ihre eigene Geschäftsausordnung festgestellt. — Die aus Vertretern der Regierung und beider Kammer bestehende Commission, welche über die Zustände Siciliens an Ort und Stelle Ehebungen zu pflegen hatte, hat sich am 31. v. Mts. in Messina nach dem Festlande eingeschiffi. Sie hat drei Monate in Sicilien zugebracht.

Nach den „Ital. Nachrichten“ hätte Fürst Bismarck den italienischen Staats-Rath durch das Auswärtige Amt um seine Meinung in der juristischen Frage ersuchen lassen, welche durch die Veröffentlichung von offiziellen Actenstücken Seitens des Grafen Arnim hervorgerufen worden. Der Staatsrath habe in geheimer Sitzung darüber berathen, das Resultat der Berathung sei aber noch nicht bekannt geworden.

Der Verlauf der Debatten im deutschen Reichstage wegen des dem neuen Botschafter am italienischen Hofe zu bewilligenden Gehaltes hat in Italien die Liberalen aller Farben ungemein befriedigt und erfreut, den Clericalen aber begreiflicherweise sehr mißfallen. Die Organe der ersteren singen zur Zeit das Lob der beiderseitigen Botschafter in allen Tonarten.

In Frankreich scheint sich in Folge des jüngsten Wahlergebnisses die Überzeugung bestigt zu haben, daß eine orleanistische Revision der Verfassung unter keinen Umständen vorgenommen werden könne. Dieses Überzeugung herrscht jetzt auch in den leitenden orleanistischen Kreisen. Daß dieses Ergebnis eine Änderung der Regierungspraxis nach sich ziehen werde, scheint unvermeidlich. Reactionäre Gewaltmaßregeln werden nicht befürchtet. Die gemäßigten Parteien sind hoch erfreut über den Ausfall der Wahlen; im linken Centrum wurde der neue Senat ein „garde-sou“ genannt, der eben sowohl gegen radikale Tollheiten wie gegen reactionären Unverständ schützen werde. Die Bonapartisten trauen der Gesinnungstümlichkeit von manchen ihrer neu gewonnenen Anhängern nicht. Sie selbst halten nur etwa 30 derselben für gute Bonapartisten, 12 bis 15 für absolut feuerfeste bonapartistes militants. Es sind aber immerhin mehr als 40 Senatoren da, welche auf Grund bonapartistischer Agitation gewählt sind, welche selbst in diesem Sinne agitieren und für die Abgeordnetenwahlen agitieren werden, darunter Batbie, der Exorleanist, der jetzt in seinem Departement weder imperialistische Broschüren vertheilt u. s. w. Die Legitimisten sind natürlich erfreut über die Zahl von Sitzen, die sie bekommen haben; sie bilden sich in ihrer rettungslosen Verbohrtheit ein, daß ihnen das etwas helfen würde, während sie doch in Wirklichkeit zu hilflosem Zusehen verurtheilt sind. Macht die Republik unpolitische Streiche, so kommen diese den Bonapartisten

Stadt-Theater.

(Gustav Wasa.)

Das Schauspiel: „Gustav Wasa“ oder „Maske für Maske“ von Bernhard Scholz ist das posthum Werk eines leider zu früh verstorbenen Dichters, der der deutschen Bühne — nach dieser Arbeit zu schließen — gewiß noch manche dankenswerthe Gabe geboten hätte.

Gustav Wasa ist ein vielbeliebter dramatischer Held; sein Leben ist nach allen Richtungen und Erlebnissen für die Bühne bearbeitet worden; aber von allen bekannten Dramatisierungen scheint mir die von Scholz die originellste und interessanteste zu sein. Sie führt den tapferen Gustav Wasa, der an der Treue des westgotländischen Adels zweifelt, in das Schloß des Grafen Gyllensterna, wo er sich in der Maske eines dänischen Feldherrn von der Unabhängigkeit und dem Patriotismus der Bewohner überzeugt, und wo ihm die Sonne der Liebe in heller Strahlenglorie aufgeht. Die Scene im dritten Act auf Schloß Grip zwischen Gustav Wasa und Anna Gyllensterna ist eine der besten und wirksamsten, die die moderne Bühne aufzuweisen hat. Schade, daß mit ihr nicht das Stück schließt, da es zu seinen Höhepunkten erreicht hat und eine Steigerung nicht mehr möglich ist. Wenn am Schlusse dieses Acta selbst Anna die Ahnung aufgeht, jener fremde Offizier sei Gustav Wasa, — während doch Liebende bekanntlich blind sind — so weiß dies das nicht verliebte Publikum schon mit Sicherheit und das mächtig eregte Interesse verpufft im vierten Act zu einem gewöhnlichen Strohfeuer.

Die Sprache des Stükcs ist markig und poetisch, die Zeichnung der Hauptcharaktere scharf und gelungen. Das Märchen vom König Gustav Wasa“ im dritten Act ist eine duftige Spende von hohem poetischem Werthe, die durch die Erzählung von Fräulein Ungar noch einen großen Reiz gewann.

Die Aufführung war — bis auf einige Unsicherheit im Dialog — eine recht brave. Fräulein Clara Ungar darf die Rolle der Anna zu ihren besten zählen, und Herr Thies repräsentirte den Gustav Wasa“ in angemessener Weise. Herr Will mache aus dem Jünger „Hans vom Bonde“ einen zwar humoristisch wirkenden, aber nie und da etwas zu viel berolinistrenden „ollen Schweden.“

Das Stück verdient zahlreiche Wiederholungen und die freundliche Aufnahme, die es gestern gefunden.

G. K.

Von deutscher Rechtschreibung.*)

Bon Dr. J. Harczyk.

II.

Die jetzige französische Schrift ist allerdings in phonetischer Beziehung etwas ungenauer, als die unsere, doch ist dies noch kein Grund, um Besserungen in der deutschen Orthographie abzulehnen. Es ist ein elender Trost, zu wissen, daß es Andere in ihrer Schrift noch schlimmer als wir treiben.

Ungebrügig haben auch in Frankreich schon längst einzelne Männer auf Vereinfachung der Schreibweise gehrungen, und die Akademie hat seit der Ausgabe ihres Dictionnaires vom Jahre 1740, obwohl sie früher sich gegen die Neuerungen erklärt hatte, jenes Verlangen zum

Theil bestredigt. Daß sich auch in Frankreich viele Sprachgelehrte gegen die Abschaffung der historischen Schreibweise erkläre, ist kein Wunder. — So nannte Auguste Brachet, ein Grammatiker, dessen Werke ihrer leichten Verständlichkeit wegen auch in Deutschland weit verbreitet sind, noch vor wenigen Jahren das Bestreben, die Schrift und die Aussprache in Übereinstimmung zu bringen und so zu schreiben, wie man spricht, einen an sich albernen Versuch, da die Schreibung eines Wortes das Ergebnis seiner Etymologie, und eine Änderung der Schreibung eben so viel sei, wie dem Worte seinen Adelsbrief rauben („de conformer l'orthographe, sur la prononciation, en un mot d'écrire comme l'on parle, — tentative absurde en elle-même, puisque l'orthographe du mot résulte de son étymologie, et que la changer, ce serait lui enlever ses titres de noblesse“).

Ein Wort des Adels beträubt! freilich, daß ein Grammatiker „das muß ansehen, — ihm kann an dieser Erde größer Leid nicht geschehen“. Dieser beredete, eifige Verfechter der historischen Orthographie ist bei längerem Nachdenken doch anderen Sinnen geworden und ganz entschlossen in das Lager der Phoneikler übergegangen. In einem kürzlich erschienenen Buche sagt Brachet gerade das Gegenteil von dem, was er früher vertheidigt hatte: „Es gibt in der Theorie nur zwei orthographische Systeme: das eine, welches genau die Aussprache darstellt, oder die phonetische Schreibung; das andere will vielmehr den Ursprung des Wortes anzeigen und wird etymologische Orthographie genannt. . . . Vom Gesichtspunkte der reinen Logik ist das phonetische System das einzige rationale . . . Die Orthographie einer Sprache, wie die Sprache selbst, ist durchaus nicht für einige Gelehrte, sondern für das ganze Volk gemacht („l'orthographe d'une langue, comme la langue elle-même, n'est point faite pour quelques lettrés, mais pour l'ensemble de la nation.“).

Daß aus unserer Schrift alle etymologischen Hinweisungen und logischen Unterschiede sammt und sondes zu entfernen sind, dürfte nunmehr einem Jeden, der an die Untersuchung der orthographischen Frage unbesangen und ohne vorgesetztes Urteil herangetreten ist, wohl zur festen Überzeugung geworden sein.

Auf diese Überzeugung gesetzt, verlangen wir natürlich die Weglassung aller überflüssigen Buchstaben.

Dahin gehört das „h“ als Dehnzelchen. — Dieser Buchstabe steht richtig zu Anfang des Wortes „Hahn“, aber nimmermehr in der Mitte. — Kein Mensch kann sagen, warum man durchaus „sie nahmen“ mit „h“, „sie kamen“ ohne dies Zeichen schreiben müßt, da sie doch lautlich und grammatisch durchaus auf einer Stufe stehen. — Wer unterscheidet ferner in der Sprache „malen“ und „mählen“? die, nebenher gesagt, etymologisch gerade umgekehrt zu schreiben sind, wenn das „h“ hier die Dehnung anzeigen soll. Was sollen ferner Schreibungen wie „Thon, Ton; Tod, Noth“?

Unnötig ist ferner das „ff“ und „nn“ in „er hofft, er kennt“; denn Niemand kann sie sprechen. „Die Häufung unnützer Dehnlaute und Consonantenverdoppelungen“, sagt Jacob Grimm in der Rede über das Pedantische in der deutschen Sprache, „dazu aber noch“ ein unfolgerichtiger Gebrauch derselben gereicht unserer Sprache zur Schande. Ganz gleiche neben einander stehende Wörter leiden ungleiche Behand-

lung. Der Franzose schreibt nous vous, der Italiener noi voi, der Däne vi i, der Pole my wy, der Deutsche hat den pedantischen Unterschied gemacht wir ihr.

Nicht anders sieht er grün aber kühn, schnüren aber führen, Heer, Meer, Beere, aber wehre und nähere, schwore, Haar aber mahr Jahr, welchen Wörtern überall gleicher Laut aufsteht (nämlich etymologisch). Von schaffen bilden wir die dritte Person schafft, in dem Substantiv Geschäft lassen wir den einfachen Laut. Auf den Wohlaut und das Geißel aller andern Sprache, das inlaudend Buchstabe vor Buchstabe schwinden müßte, wenn er nicht mehr auszusprechen ist, wird herkömmlich nicht geachtet.“

Die Mehrheit der Deutschen spricht nirgends einen Doppelconsonanten, weder im Auslaut wie in Schritt, Schreck, noch selbst in der Mitte des Wortes, zu Ende und Anfang der Silben, wie in Treppen, Tritte, Hacke; auch nicht in hoffe, alle, Lämmer, Männer. — Wie man zwei gleiche Consonanten wirklich ausspricht, das hört man von Italienern in troppo troppo troceo; monna frammento u. s. w. Bei uns stehen diese doppelten Buchstaben zur Angabe der Vocalfarze, es sind tote Zeichen; bei den Italienern vertreten sie lebendige gesprochene Laute.

Es gilt heute als allgemeine Regel, Grüße mit h, Güsse aber mit ss zu schreiben; denn die Vorschrift, die die Kinder in der Schule lernen, besagt, daß „ss“ nach langem Vocal, „ff“ nach kurzem zu setzen sei.

Liegt in diesem von den Phoneikern angenommenen Gesetze wirklich ein logisch vernünftiger Grund? — Schwerlich! oder ist es vielleicht vernünftig, in der Lautschrift, wo jedes Zeichen seine Bedeutung für sich hat, an den Leser die Forderung zu stellen, daß er aus dem folgenden Buchstaben erzehe, ob das vorhergehende Zeichen für einen langen oder kurzen Laut steht? Das u im Grüße bleibt nun einmal lang ohne Rücksicht auf die dahinterstehenden Zeichen, und dasselbe ist der Fall in dem kurzen u von Güsse. — Wie diesem Nebstand abzuhelfen sei, werden wir späterhin sehen.

Es bleibt noch übrig, auf folgende phonet

zu Gute: vorläufig aber hat sie wieder einmal das Glück gehabt, daß die Bemühungen ihrer Gegner ihr einen Bügel angelegt, der ihr zum Nutzen ausübt, indem er sie vor radicalen Ausschreitungen hütet. Die gemäßigten Republikaner, zu denen man nun auch Gambetta rechnen kann, erkennen den Werth des ruhigen Verhaltens schon jetzt an und hüten sich vor zu lautem Jubel, wie sie denn überhaupt in dem ganzen Wahlfeldzug eine bemerkenswerte Ruhe gezeigt haben.

Der „Monde“ hofft von dem Ausfall der Senatswahlen für die Kirche das Beste, ja, die Zusammensetzung des Senats gibt ihm Hoffnung, „daß die Kirche neue Erobrungen machen werde, wenn die Conservativen fest zusammen halten“. Viel wird von den Deputiertenwahlen abhängen: fallen diese gutrepublikanisch aus, so werden die kleineren Fraktionen des Senats der Politik des linken Centrums nachgeben; im anderen Falle werden die Ultramontanen in Fragen des Unterrichts und der auswärtigen Politik zu Gunsten von Restaurationsprojekten in Italien und Deutschland freiere Hand bekommen.

In England scheint man auf die angekündigte Größnung des Parlaments durch die Königin in Person sehr viel Gewicht zu legen. Wie die „World“ erfährt, ist dieselbe aber noch sehr ungewiss, weil Lady Augusta Stanley, die Gemahlin des Dechanten von Westminster und eine intime Freundin der Königin, hoffnungslos traurig darunterliegt. „Sollte die Königin in Folge davon verhindert werden, so würde sich dies“ — bemerkt die „World“ — für dieselbe als eine empfindlichere Enttäuschung erweisen als allgemein gesagt werden mag, denn die Anwesenheit Ihrer Majestät bei der Größnung der bevorstehenden Session nach einer so langen Abgeschlossenheit wird durch ein Motiv bestimmt, welches über kurz oder lang entblüht werden wird. Die Prinzessin Beatrice hat nunmehr ein heirathsfähiges Alter erreicht, die Königin hat dem Vernehmen nach bereits einen Mann für ihre jüngste Tochter gewählt, und das Parlament wird bald angegangen werden, eine Mäßigt zu votieren. Mit echter mütterlicher Sorgfalt hat die Königin es selten unterlassen, das Parlament mit ihrer erhabenen Anwesenheit zu ehren, wenn immer an die loyale Freigebigkeit des Hauses der Gemeinen appelliert wurde.“

In etwas anderer Richtung bewegt sich dagegen die Vermuthung, welche ein Londoner Correspondent der „N. Z.“ in Betreff desselben Gegenstands ausspricht. Derselbe schreibt nämlich:

„Ire ich nicht sehr, so lag in einem gewissen Kreise die Absicht vor, die Rückkehr des Prinzen von Wales von seiner „großen Tour“ durch Indien zum Anlaß einer wiederholten Empfehlung seiner Aufnahme als Mitregent zu machen. Man wollte dabei auf die fortwährende Beibehaltung der Königin von der Öffentlichkeit deuten und die Maßregel als in ihrem eigenen Interesse würdigenswert erscheinen lassen. Schon vor Jahren hatte die „Times“ befürchtet einmal sehr dringend in diesem Sinne gesprochen. Damals nahm man an, Herr Israel sei der Sache ebenfalls günstig. In der That ließ dieser sich einmal zu einer für einen ehemaligen und wieder nach der Premierschaft strebenden Minister höchst auffälligen Aeußerung über den Zustand der Königin hinzuheben. Heute, glaube ich, liegt jedoch der Premier keinen Wunsch nach einer Aenderung in Bezug auf die Regierungsdarstellung. Man sagt im Gegenthell, daß Verhältniß zwischen ihm und dem mutmaßlichen Thronfolger sei nicht mehr das frühere. Sei dem, wie ihm wolle: die Königin hat sich entschlossen, wieder mehr in die Öffentlichkeit zu treten. Dies ist der Sinn ihrer angekündigten Absicht, das Parlament zu eröffnen.“

Was den Aufruf des Herzogs von Norfolk zur Unterstützung „verfolgter Priester“ in Deutschland betrifft, so ist, wie eine Londoner Correspondenz der „N. Z.“ versichert, nicht anzunehmen, daß viel Geld zusammenkommen werde. Die Norfolk, Bute, Howard, Clifford, Petre u. dgl. werden ihre Fünfzig-Pfund-Checks oder Hundert-Pfund-Checks einsenden, schon um sich nicht zu blamiren. Allein an eine lange Beitragsliste ist wohl schwerlich zu denken. Hätte der Herzog, der in mehr als einem Organ, in Leitartikeln und in Briefen bereits gut abgetrumpt worden ist, eine andere Art des Auftretens gewählt, etwa bei einem öffentlichen Meeting, so wäre jedenfalls zu einer Gegenludgebung geschritten worden. Nach einem bloßen Aufruf liegt zu solchem Vorgeben kein Anlaß vor. Dagegen läßt sich eine Besprechung des

Vorfalls im Parlament erwarten. Die Anregung einer solchen wird von mehreren Seiten vorbereitet. Der parlamentarische Ausschuss des National Club hält in dieser Woche seine gewöhnliche Conferenz zur Vorbereitung auf die Session und wird über die Art der Interpellation berathen.

Nach den letzten Nachrichten aus Spanien steht es nunmehr fest, daß das Fort Santa Barbara bei Oteja wirklich in die Gewalt der Regierungs-Truppen gefallen ist und die letzteren somit auf dem Boden, den sie im Februar vorigen Jahres verloren, wieder einen Fortschritt gemacht haben. Nach den Madrider Berichten hat Primo de Rivera in der eroberten Stellung drei Whitworth-Geschütze und 24 verwundete Carlisten gefunden. Einen sehr großen Erfolg aber hat der General Quesada errungen, indem er von Vitoria aus nicht nur bis Durango, sondern jetzt sogar bis Bilbao durchmarschiert ist. Auf seinem Wege hat er Duria, Arteaga und Ceanara besetzt, welche Ortsangaben darauf hinzuweisen scheinen, daß er seine Truppen in zwei getrennten Columnen hat marschieren lassen. Dieser Zug beweist die Widerstandsfähigkeit der Carlisten in dem lange von ihnen besetzten Gebiet südlichen Theile von Biscaya und kann einen niederdrückenden Eindruck auf die carlistische gesinnte Bevölkerung nicht verfehlten.

In welcher Weise Don Carlos dagegen den Mut der Seinigen noch immer anzusehen versucht, beweist der Brief, in welchem er den Großmosener seines Heeres erfuhr, dem ihm untergebenen Clerus zu beseelen, öffentliche Gebete zu veranstalten, um den Segen des Himmels für die Waffen der Carlisten zu erbitten. Der Brief des Prätendenten lautet also:

„An den Großmosener der königlichen Armee.
„Wenn das von mir befiehlt Heer sich durch seine Tapferkeit auszeichnet, so zeichnet es sich nicht minder durch seinen Glauben aus. Dem Glauben verdanken wir unsere Siege, denn der Gott der Schlachten reicht immer seine mächtige Hand denen, die ihn aufrichtig anrufen. Wir wollen ihm für seine bis jetzt geleistete Hilfe danken und ihn bitten, uns auch fernerhin beizustehen. Am Vorabende von blutigen und vielleicht entscheidenden Kämpfen soll ein christliches Heer und ein christliches Volk inbrünstige Gebete zum Himmel senden.“

„Ich wünsche, daß Sie den ganzen Clerus, sowohl die Almoseniere des Heeres, als die andern Geistlichen auffordern, in diesem feierlichen Momente, wo das Schicksal des Vaterlandes sich entscheidet, zu Gott zu beten, um seinen Segen für mein Heer und für mein Volk herabzurufen. Auf mein gutes Recht, auf die Tapferkeit meiner Soldaten und auf den Schutz des Himmels mich verlaßend werde ich ohne Rast kämpfen, damit meine Sache, welche die Sache Gottes, der Gerechtigkeit und der wahren Cultur ist, triumphire.“

„Ich überlasse es Ihrem Eiser und Ihrer Erfahrung, die Tage und die Art der Gebete zu bezeichnen. Möge Gott Sie in dem heiligen Unternehmen, das wir glaubensvoll auszuführen gedenken, unterstützen und über Sie wachen!“

Estella, 16. Januar. Carlos.“

In einem zweiten Briefe, den er am nämlichen Tage, an den Marschall Herzog von Clio richtete, dessen Tod man in diesen letzten Tagen meldete, zeigte Don Carlos ein vollkommenes Vertrauen auf den Erfolg seiner Sache, wie es folgende Stellen aus diesem Briefe beweisen.

„Wenn Du in Deinem Zufluchtsort schlimme Kunde über unsere Kriegs-Operationen erhältst, so fürchte nichts, große Sachen müssen manchmal auch großes Unglück erleiden. Wie die stolze Ceder, biegen sie sich ohne um so stärker und majestätischer.“

„Wenn wir eine Schlacht verlieren, so erringen wir bei einer zweiten reichlichen Siege: ein leichter Sieg ist nicht ruhmvoll, aber je mörderischer ein Kampf ist, um so verdienstvoller ist der Sieg. Wir wollen kämpfen, lieber Clio, wir werden siegen, denn Gott ist mit uns.“

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

45. Sitzung vom 3. Februar. (Abendsitzung.)
7½ Uhr. Am Tische des Bundesrates: Achenbach, v. Niedel, Niedering u. A.

Das Haus setzt die Berathung des Gesetzentwurfs über die gegenseitigen Hilfskassen fort. § 7 lautet:

„Das Recht auf Unterstüzung aus der Kasse beginnt für sämtliche Mitglieder spätestens mit dem Ablaufe der dreizehn auf den Beitritt folgenden

promptum. — Ein Gymnasialquartaner lernt dieselben Gesetze im Griechischen für die Laulehre, und diese mühselige Erlernung in der fremden Sprache wäre überflüssig, wenn er fünf Jahre früher seine Muttersprache hätte genau nach dem Laute schreiben lernen. — Ist es nicht eine Schande, daß in den Gymnasten die Schüler mehr Fehler in der deutschen als in der lateinischen Orthographie machen? —

4) Seit Jahrhunderten haben das Gehör und die Aussprache der Deutschen unzweifelhaft von ihrer Feinheit in der Lautscheidung sehr viel eingebüßt; das lehrt uns überzeugend die Reimkunst der strengen mittelhochdeutschen Dichtung; das Ohr ist stumpfer und die Zunge größer geworden. Aber wir hören doch, daß man, wenigstens im größten Theile von Deutschland, nicht ei und eu, sondern ai und ei spricht; wir sprechen nicht me-in, sondern ma-in, nicht de-utsch, sondern de-utsch; aber wir trennen in der Aussprache nicht leicht mehr mein und klein, neu und heu, die in früherer Zeit ganz auseinander gingen.

Die gleiche Aussprache des kurzen e und des kurzen ä haben wir schon erwähnt: sächlich und unausprechlich gelten heute als genaue Reime.

Für die Durchführung der phonetischen Orthographie ist endlich die Abschaffung der sogenannten deutschen oder gothischen Schrift von großer Wichtigkeit. Es darf Niemand wähnen, daß unsere jetzige Schriftzeichen etwas ganz nationales seien, das von jeher gerade den Deutschen eigenhümlich gewesen ist. Diese deutsche Schrift ist nur eine Vergrößerung der lateinischen. Auch die einfache römische Schrift ändert sich mit den Jahrhunderten; sie wurde eckiger, gedehnter und verschönert. Als nun die Buchdruckerkunst erfunden wurde, da drückte man Ansangs in der damals üblichen verschökelten Schrift, bis ein geschickter italienischer Buchdrucker jene verkrüppelte Schrift verwarf und die alte einfache wieder aufnahm. Bei Jacob Grimm lesen wir hierüber Folgendes: „Das ganze Mittelalter hindurch bis auf den heutigen Tag währt die lateinische Schrift unter allen Völkern deutscher und romanischer Zunge, auch bei den meisten Slaven, bei den Letten, Finnern und Umgern; nur daß sich im Laufe der Jahrhunderte verschiedentlich die schönen runden Züge der lateinischen Minuskel (kleiner Buchstabe) in Ecken geschärft, die der Majuskel (großer Buchstabe) in Schökel verunstaltet haben. Es geschieht ohne vernünftigen Grund, daß man diese verdorbene Schrift, wie sie zur Zeit der erfundenen Druckerei sich gerade gebildet hatte, eine gothische oder deutsche nennt. Die Gothen waren längst ausgestorben, und anher deutschen Handschriften und Drucken herrschte die scharfseitige Buchstabenform ebenso in allen lateinischen, französischen, italienischen, slavischen. Nachdem die meisten übrigen Nationen in Europa zu der edleren und gesäfälligeren Gestalt der Schrift zurückgekehrt sind, hat sich unter uns jenes verzerrte Alphabet für die Schrift und den Druck einheimischer Sprache im Gegensatz zur lateinischen behauptet. Nicht genug, daß diese Schrift das Auge beleidigt, Schreiben und Druck mühsamer macht, sie hindert auch die Verbreitung unserer Literatur im Auslande. — Wer die sogenannte deutsche Schrift braucht, schreibt barbarisch, wer große Buchstaben für den Anfang der Substantive, schreibt pedantisch.“

So schrieb Jacob Grimm in seiner Grammatik vom Jahre 1840.

Woche. Für die erste Woche nach dem Beginne der Krankheit kann die Gewährung einer Unterstüzung ausgeschlossen werden. Der Ausschluß der Unterstüzung in Fällen bestimmter Krankheiten ist ausdrücklich mit Ausnahme solcher Krankheiten, welche sich ein Mitglied durch grobe Verschuldung zugezogen hat.“

Abg. Grumbrecht beantragt, die letzten Worte: „mit Ausnahme solcher Krankheiten, welche sich ein Mitglied durch grobe Verschuldung zugezogen hat“, zu streichen.

Abg. Webbsky schlägt vor, dem ersten Absatz folgenden Zusatz zu geben: „Dasselbe verbleibt den Mitgliedern auch nach dem Austritt oder Ausschluß für den nach Absatz 1 festgesetzten Zeitraum. Diese nachträgliche Unterstüzung wird jedoch nicht länger gewährt, als die Mitgliedschaft selbst gedauert hat.“

Abg. Reimer befürwortet lebhaft das Amendment Grumbrechts. Die Frage, ob eine Krankheit durch grobe Verschuldung veranlaßt sei oder nicht, sei schwer festzustellen, überwies der Begriff „grobe Verschuldung“ so debauß, daß er zu außerordentlich vielen Prozessen führen würde. Die etwaige Absicht, syphilitische und ähnliche Krankheiten von der Unterstüzung auszuschließen, sei durchaus verwerflich, da diese Lebel dadurch nur verschleppt und zum Nachteil des allgemeinen Gesundheitszustandes weiter verursacht würden. Uebrigens sei es ein Irrthum, derartige Krankheiten vorzugsweise bei den Arbeitern vorzusehen; ein auffälliger Vergleich mit den jungen Kaufleuten und Offizieren würde ohne Zweifel zum Nachteil der letzteren ausfallen. Er bitte deshalb, das Amendment Grumbrechts durch die Bestimmung zu erweitern, daß die Unterstüzung von Beginn der Krankheit an wochen- oder monatweise gewährt werde.

Abg. Grumbrecht bittet die Entscheidung der Frage, ob gewisse Krankheiten von der Unterstüzung auszuschließen seien, den Gründern der Kassen selbst zu überlassen.

Abg. Freiherr v. Heeremann tritt dem Amendment Grumbrechts gleichfalls bei. Siehe ein Kassenmitglied sich eine Krankheit durch großes Vertrödeln zu, so werde die Kasse schon selbst Gelegenheit finden, dasselbe auszuschließen.

Abg. Bamberger macht den Abg. Webbsky auf die unzuträglichen Folgen des zweiten Satzes seines Antrages aufmerksam, worauf Abg. Webbsky diesen Theil seines Amendements zurückzieht.

Bei der Abstimmung wird § 7 mit dem Amendment Grumbrechts angenommen.

Die §§ 8 bis 10 (Bemessung der Höhe der Beiträge, Tession des Anspruchs auf Unterstüzung &c.) werden ohne Debatte unverändert genehmigt.

§ 11 bestimmt: „Die Unterstüzung müssen im Falle der Arbeitsunfähigkeit des Unterstützungsberchtigten auf die Dauer von mindestens dreizehn Wochen gewährt werden, sofern die Arbeitsunfähigkeit nicht früher ihr Ende erreicht. Sie müssen während dieser Zeit täglich für Männer mindestens die Hälfte, für Frauen mindestens ein Drittel des Lohnbetrages erreichen, welcher zur Zeit der Errichtung der Kasse an dem Orte ihres Sitzes nach dem Urteil der dortigen Gemeindebehörde gewöhnlichen Tagearbeitern im Jahresdurchschnitt gezahlt wird.“

Auf den Betrag der Unterstüzung, jedoch höchstens bis zu zwei Dritttheilen desselben, darf die Gewährung der ärztlichen Behandlung und der Arzneien angerechnet werden.

An die Stelle jeder sonstigen Unterstüzung kann die Verpflegung in einer Krankenfamilie treten.“

Abg. Motteler beantragt, den ersten Absatz dahin abzuändern, daß die Frauen nicht mindestens ein Dritttheil, sondern, ebenso wie die Männer, mindestens die Hälfte des durchschnittlichen Lohnbetrages erhalten sollen.

Der Referent Dr. Oppenheim bittet, gestützt auf statistische Zahlen, diesen Antrag im Interesse der Kassen abzulehnen.

Das Haus verwarf das Amendment und nimmt den § 11 mit der Abg. Dr. Weber beantragten Modification an, daß an Stelle der Worte „zur Zeit der Errichtung der Kasse“ gelesen wird: „zur Zeit der Feststellung des Statuts“.

Die Paragraphen 16 und 20 werden gleichzeitig zur Discussion gestellt. Sie lauten:

§ 16. Die Kasse muß einen von der Generalversammlung gewählten Vorstand haben, durch welchen sie gerichtlich und außergerichtlich vertreten wird. Arbeitgeber, welche Zuschüsse zu der Kasse leisten, haben Anspruch auf Vertretung im Vorstande unter Berücksichtigung des Maßes ihrer Zuschüsse. Mehr als ein Drittel der Stimmen darf ihnen jedoch im Vorstande nicht eingeräumt werden.

§ 20. In der General-Versammlung hat jedes anwesende Mitglied, welches großjährig und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist, eine Stimme. Mitglieder, welche mit den Beiträgen im Rückstande sind, können von der Teilnahme an der Abstimmung ausgeschlossen werden.

Die Generalversammlung kann auch aus Delegirten gebildet werden

besten auch im Inslaut eines Wortes zwischen zwei Vocalen (trepe, wete; hose = Treppe, Wette; hose).

5) Schreibung der harten Laute p k t im Inslaut der Wörter, also leip, leit, tak = Leib, Leid, Tag; ebenso im Inslaut vor Consonanten: raupt wie haupt.

6) s bezeichnet den scharfen Laut, l den weichen.

7) v für f fällt weg.

8) Fremdwörter werden wie deutsche geschrieben, also telegrafi, fotograf, filosof u. s. w.

9) Lateinische Schrift statt der sogenannten deutschen.

Die Vorzüge der hier vorgeschlagenen Schreibweise von der gewöhnlichen sind wohl ganz offenbar und augenscheinlich. Daß sie einfacher, leichter und kürzer ist, liegt auf der Hand. Sie verwendet als streng phonetische Schrift für die wirklich gesprochenen Laute die diesen zukommenden Zeichen, und keine darüber hinaus; denn alles Unheil ist hier von Nebel. — Die Erlernung der Schrift erfordert weniger Zeit; sie belastet das Gedächtniß der Kinder nicht mit unnützem Kram, der den Kopf unfruchtbare füllt.

Daß das Publikum sich sehr schwer zur Annahme einer solchen Schrift entschließen würde, ist eigentlich nicht zu befürchten. Denn warum sollten wir eine leichte, einfache, selbstverständliche Schrift nicht lieber haben, als eine schwierige, verwickelte und abgeschmackte gelehrt? Statt einer complicierten, schwer zu handhabenden Maschine, die ihren Zweck doch nicht erfüllt, sollten wir nicht gerne ein bequemes, taugliches und zuverlässiges Werkzeug anwenden? ein Werkzeug, durch das wir auch Zeit und Raum sparen, zwei Dinge, die bei der allgemeinen Verbreitung des Druckes und der Schrift von nicht geringer Bedeutung sind? — Freilich braucht die Einführung nicht sofort auf einen Schlag zu erfolgen, obwohl es auch hier besser ist, das, was man thun will, bald zu thun, und eine Gewöhnung an die Schrift rascher zu erwarten ist als an die neue Mark- und Meterrechnung.

Wir schließen mit einigen beherzigen Werken Jacob Grimm's über die jetzige Schrift: „Dies kostliche Mittel, das siegende Wort zu fassen, zu verbreiten und ihm Dauer zu sichern, muß allen Völkern eine der wichtigsten Angelegenheiten sein, und die Freude, welche eine vollkommene Schrift gewährt, trägt wesentlich bei dazu, den Stolz auf die heimische Sprache zu erhöhen und ihre Ausbildung zu fördern. Vor mehr als achthundert Jahren war es besser um die deutsche Schreibung bestellt, und auf das genau Bezeichnen unserer Laute wurde damals große Sorgfalt gewendet. Noch von der Schrift des 12. und 13. Jahrhunderts läßt sich Nähmliches melden, erst seit dem 14. begann sie zu verwildern. Mich schmerzt es tief, gefunden zu haben, daß kein Volk unter allen, die mir bekannt sind, heute seine Sprache so barbarisch schreibt wie die deutsche.“

[Karl v. Holstein] hat auf den Glückwunsch zu seinem 80. Geburtstag, den ihm die „Wespen“ dargebracht, Herrn Julius Stettenheim folgende Antwort gesandt:

Man will behaupten: „Die Wespe sticht!“

Mich aber stachen die Wespen nicht,

Mir sind sie gute Biener gewesen,

Ich hab's in Nummer 4 gelesen,

Mir spendeten sie Honigseim

Und flogen zu fröhlichen Stätten heim.

Holstein.

welche aus der Mitte der stimmberechtigten Mitglieder zu wählen sind; die Zahl der zu wählenden Delegirten muss jedoch mindestens dreißig betragen.

Arbeitgeber, welche Zuschüsse zu der Kasse leisten, haben Anspruch auf Stimmberichtigung. Das Maß dieser Stimmberichtigung ist unter Berücksichtigung ihrer Zuschüsse festzustellen; die Zahl ihrer Stimmen darf jedoch die Hälfte der den Mitgliedern der Kasse zustehender Stimmen nicht übersteigen.

Abg. Wahlreich beantragt hierzu mehrere Änderungen, die den Zweck haben, die Betreuung der Arbeiter im Vorstande und in der Generalversammlung enger zu begrenzen und daß für die Stimmberichtigung in der Generalversammlung festgelegte Mindestalter auf 18 Jahre herabzusetzen.

Abg. Grumbrecht wünscht, daß im § 20, Absatz 2, das Wort „Delegirten“ durch „Abgeordneten“ ersetzt wird.

Nachdem Abg. Sonnemann den ersten Theil der Anträge des Abg. Wahlreich mit Rücksicht auf den an sich schon überwiegenden Einfluß der Arbeitgeber unterstützt hat, während der Referent Dr. Oppenheim im unveränderten Annahme der Commissions-Vorlage empfiehlt, tritt das Haus nach dem Antrage Grumbrechts modifizierten Fassung des Letzteren bei.

§ 17 lautet in der Fassung der Commissionsbechluß: „Die Zusammensetzung des Vorstandes, sowie jede in der Zusammenstellung des Vorstandes eingetretene Änderung ist der Gemeindebehörde, in deren Bezirk die Kasse ihren Sitz hat, anzumelden. Ist die Anmeldung nicht geschehen, so kann eine in der Zusammenstellung eingetretene Änderung dritter Personen nur dann entgegengesetzt werden, wenn bewiesen wird, daß sie letzteren bekannt war.“

Zur Legitimation des Vorstandes bei den das Hypothekenwesen betreffenden und allen sonstigen Geschäften, welche beglaubigte Acte erfordern, genügt das Zeugnis der Gemeindebehörde, daß die darin bezeichneten Personen als Mitglieder des Vorstandes angemeldet sind.“

Hierzu beantragt Abg. Grumbrecht: 1) in der zweiten Zeile des ersten Absatzes statt der Worte: „der Gemeindebehörde“ die Worte zu setzen: „dem Vorstande der Gemeinde.“ 2) dem letzten Absatz des Paragraphen folgende Fassung zu geben: „Zur Legitimation des Vorstandes bei allen Geschäften, auch den das Hypotheken- und Grundschuldwesen betreffenden, genügt das Zeugnis des Vorstandes der Gemeinde, daß die darin bezeichneten Personen zur Zeit als Mitglieder des Vorstandes angemeldet seien.“

Abg. Dr. Schulze (Delitzsch) warnt davor, die bisherige Praxis der Beglaubigung von Vorständen zu Eintragungen in öffentliche Register noch mehr zu erleichtern, als dies im Handels-Gesetzbuche geschehen sei, wonach sich die Vorstände von Handelsvereinigungen offiziell als solche bei den Aufsichtsbehörden melden müssen, um zu öffentlichen Eintragungen legitimirt zu werden. Er wünscht von den Regierungen eine Erklärung, welche Praxis sie bei den Vorständen der Hilfskassen einzuschlagen werden.

Bundescommissar Geh. Rath Nieberding meint, man brauche hier nicht so streng zu sein, wie bei den Handelsvereinigungen, bei denen es sich um bedeutendes Vermögensobjekte handelt. Uebrigens bleibt es den Gemeindevorständen nach dem vorliegenden Gesetz unbenommen, sich bei etwaigen Zweifeln die Legitimation der Kassenvorstände vorlegen zu lassen.

Das Haus nimmt den § 17 mit den beiden Amendments Grumbrechts an.

Der nächste von der Commission eingeschaltete § 17a lautet:

Die Beauftragung des Vorstandes, die Kasse nach Außen zu vertreten, wird durch in den Statuten enthaltene Vollmacht bestimmt. Durch die innerhalb der Grenzen dieser Vollmacht im Namen der Kasse vom Vorstande abgeschlossenen Geschäfte wird die Kasse verpflichtet und berechtigt.

Der Paragraph wird trotz des Widerspruchs des Abg. Grumbrechts, der dessen Streichung beantragt, angenommen.

§ 22 bestimmt: Die Einnahmen und Ausgaben der Kasse sind von allen den Zwecken der Kasse fremden Vereinigmungen und Herausgaben getrennt festzustellen und zu verrechnen; ebenso sind Bestände gesondert zu verwalten.

Berfügbarer Gelder dürfen, außer in öffentlichen Sparkassen, nur ebenso wie die Gelder Verormundeter angelegt werden.

Abg. Rickert bittet die Regierungsvorlage wiederherzustellen und demgemäß im zweiten Absatz hinter den Wörtern „öffentlichen Sparkassen“ einzuschalten: „und in den durch das Statut bezeichneten Banken“.

Abg. Dr. v. Heeremann sowie der Referent empfehlen dringend, bei der Commissionsvorlage sieben zu bleiben, namentlich, da in neuerster Zeit selbst unter den genossenschaftlich organisierten Creditvereinen und Volksbanken bedenkliche Erscheinungen nicht ausgelöscht seien.

Nach Ablehnung des Amendements Rickerts wird § 22 unverändert angenommen.

§ 25 lautet: Die Kasse ist verpflichtet, in den vorgeschriebenen Fristen und nach den vorgeschriebenen Formularen Überweisungen über die Mitglieder, über die Krankheits- und Sterbefälle, über die verrechneten Beitragss- und Unterstützungsätze der höheren Verwaltungsbehörde, sowie einen Rechnungsabschluß der Aufsichtsbehörde einzufinden. Sie hat der Aufsichtsbehörde auf Erfordern das Auscheiden der zur Beihilfung an einer Kasse geschäftlich verpflichteten Mitglieder anzusezen.

Abg. Grumbrecht beantragt, in Übereinstimmung mit der Regierungsvorlage die Worte: „zur Beihilfung an einer Kasse geschäftlich verpflichteten“ zu streichen.

Das Haus tritt diesem Antrage bei.

§ 27 bestimmt: „Die Schließung einer Kasse erfolgt auf Betreiben der höheren Verwaltungsbehörde oder des vierten Theiles der Mitglieder durch Urtheil des Gerichtes, bei welchem die Kasse ihren ordentlichen Sitz hat: 1) wenn mehr als ein Viertel der Mitglieder mit der Eingabe der Beiträge im Rückstand ist und trotz ergangener Auflösung der Aufsichtsbehörde weder die Betreibung der fälligen Beiträge noch der Ausfall der säumigen Mitglieder erfolgt; 2) wenn die Kasse trotz ergangener Auflösung der Aufsichtsbehörde vier Wochen mit Zahlung fälliger nicht streitiger Unterstützungen im Rückstand ist; 3) wenn die Generalversammlung einer geschwiderigen Verwendung aus dem Vermögen der Kasse ihre Zustimmung ertheilt hat; 4) wenn im Falle des § 24 innerhalb einer von der höheren Verwaltungsbehörde angemessenen Frist für die Herstellung des Gleichgewichts zwischen den Verpflichtungen und Einnahmen der Kasse nicht Sorge getragen ist. Das Gericht kann während des Verfahrens auf Antrag der höheren Verwaltungsbehörde die Aufsichtsbehörde ermächtigen, die Mitglieder des Vorstandes und Ausschusses zu entlassen und die Obigkeiten derselben durch von ihr ernannte Personen wahrzunehmen; in gleicher Weise kann dasselbe anordnen, daß neue Mitglieder nicht aufgenommen werden dürfen. Die Eröffnung des Concursversahrens über eine Kasse hat die Schließung Kraft Gesetzes zur Folge.“

Hierzu beantragt 1) Abg. Grumbrecht: „1) dem ersten Satze des Paragraphen, der Regierungsvorlage entsprechend, folgende Fassung zu geben: „Die Schließung einer Kasse kann durch die höhere Verwaltungsbehörde erfolgen: 1) wenn u. s. w. (wie in den Beschlüssen der Commission bis zum Schluss der Nr. 4); 2) nach der Nr. 4 nachstehende Abfälle folgen zu lassen: „Gegen die Maßregeln der Verwaltungsbehörde ist der Recurs zulässig; wegen des Verfahrens und der Behörden gelten die Vorschriften der §§ 20 und 21 der Gewerbeordnung. Die Eröffnung des Concursversahrens über eine Kasse hat die Schließung Kraft Gesetzes zur Folge.“

2) Abg. Heyl: als Nr. 5 einzufüßen: „Wenn gegen die Vorschrift des § 6 den Mitgliedern die Beihilfung an politischen Gesellschaften oder Vereinen zur Bedingung gestellt wird, oder der Ausschluß von Mitgliedern gegen die Vorschrift des § 15 erfolgt.“

Abg. Grumbrecht hält die Verwaltungsbehörden für vollständig geeignet, die Schließung der Kassen zu verfügen, zumal da sie bereits mit der Beurtheilung der Gesetzmäßigkeit der Statuten betraut seien und man ungerechte Urtheile der höheren Verwaltungsbehörden nicht präsumieren könne.

Bundescommissar Geh. Rath Nieberding meint, daß die Entscheidung über die Gesetzmäßigkeit des Statuts eine reine Thatfrage ist, während die Entscheidung über die Schließung eine Rechtsfrage ist. Erstere ressortiert mit Recht von den Verwaltungsbehörden, letztere von den ordentlichen Gerichten.

Abg. Reichensperger (Crefeld) macht auf die Schwierigkeiten aufmerksam, welche in den Rheinlanden entstehen würden, wenn man mit dem Abg. Grumbrechts und der Regierungsvorlage die Verwaltungsbehörden an die Stelle der ordentlichen Gerichte setzt.

Abg. Dunder hält es gleichfalls für sehr bedenkllich, den Verwaltungsbehörden, denen man nach den bisherigen Erfahrungen kein über großes Vertrauen schenken könne, so weitgehende Beifüsse einzuräumen, wie der Antrag Grumbrechts beachtigt.

Der Referent bekämpft sämtliche Amendments und bittet die Vorlage der Commission, die allem Bedürfnissen gerecht werde, unverändert zu genehmigen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Abg. Grumbrechts und mit denselben § 27 angenommen.

§ 32 sieht für die Mitglieder des Vorstandes oder des Ausschusses, welche den Bestimmungen dieses Gesetzes zuwiderhandeln, eine Geldstrafe bis zu 200 Mark fest.

Abg. Wahlreich hält es für bedenkllich, durch solche Strafselektionen die Neigungen zur Übernahme von Stellen im Vorstande oder im Ausschuß zu schwächen. Im Interesse der Kassen selbst sei eine solche Bestimmung zu verhindern.

Der Paragraph wird ohne weitere Debatte angenommen.

§ 35 der Commissionsvorlage bestimmt: Landesrechtliche Bestimmungen, durch welche Hilfskassen auf Gegenseitigkeit nur mit Genehmigung einer Staatsbehörde errichtet werden dürfen, werden hinsichtlich solcher Krankenkassen, deren Unterstützungen nicht über die durch § 12 bestimmten Grenzen hinausgehen, aufgehoben.

Regierungskommissar Nieberding bittet, diesen neuen, aus der Initiative der Commission hervorgegangenen Paragraphen abzulehnen, welcher namentlich gegen die in Preußen noch gültigen Gesetze gerichtet ist, wonach gegenseitige Hilfskassen einer besonderen behördlichen Genehmigung bedürfen. Der Entwurf habe sich mit voller Absicht auf ein ganz bestimmtes Gebiet beschränkt,

aus welches sich zur Zeit auch das dringendste Bedürfnis einer legislativen Regelung bekränzt. Schon deshalb sei jeder mehr oder weniger zufällige Übergriff auf andere Fragen abzulehnen. Hier sei nicht der Ort, andere Prinzipien festzustellen als die, welche sich auf die „eingeschriebenen“ Kassen beziehen.

Trotz des Widerspruchs des Referenten tritt das Haus mit geringer Majorität den Ausführungen des Bundes-Commissars bei und lehnt § 35 ab.

Der Gesetzentwurf ist hiermit erledigt. Der Vicepräsident Haneltheits im Hause mit, daß der Präsident von Jordenbeck soeben telegraphisch in seine Heimat abberufen sei, und daß er selbst deshalb die Leitung der Geschäfte bis auf Weiteres in seine Hand genommen habe. Er beräumt die nächste Sitzung auf Freitag, 12 Uhr, an. (Tagesordnung: Anträge einzelner Mitglieder und Petitionen.) Schluß 11½ Uhr.

Berlin, 3. Februar. [Der Verleumdungsprozeß gegen den Redakteur der „Deutschen Eisenbahnenzeitung.“] Heute Nachmittag um 2 Uhr wurde vom Vorstande der siebten Deputation des Stadtgerichtes das Urteil gegen den Redakteur der „Deutschen Eisenbahnenzeitung“, Joachim Geßler, verhängt; weder der Angeklagte noch sein Verteidiger waren zur Stelle, und beschloß der Gerichtshof mit Zustimmung des Staatsanwalts in contumaciam zu erkennen. Vertreter der wiederholten Verleumdungen und Beleidigungen gegen den Aufsichtsrath der Rumänischen Eisenbahn-Gesellschaft, resp. dessen Mitglieder von Hansemann, von Bleidröder, Miquel, Riem, Wölfel, Dr. Reinhardt, Wiener etc., lautet der Tenor des Urteils, wie folgt: Alle vom Angeklagten gegen den Aufsichtsrath der Rumänischen Eisenbahn-Gesellschaft vorgebrachte Beschuldigungen haben sich ohne Ausnahme als solche im Sinne der Artikel 185 und 186 des Strafgesetzbuches ergeben; der Angeklagte habe nicht einmal versucht, die schweren Vorwürfe zu widerlegen. Das Collegium erkennt an, daß der Staatsanwalt mit Glück und Erfolg bei einzelnen Thatsachen den Beweis der Unwahrheit geführt. Es habe sich nach Allem ergeben, daß der Aufsichtsrath seine Pflicht in keiner Weise verletzt habe, insbesondere führt das Urteil weiter aus, daß die Beauptungen, die Vohn sei in leichtsinniger Weise übernommen, die Actionäre um mehrere Millionen geschädigt worden, es seien 14% für das Darlehen vom Reiche bezahlt, es wären Strohmänner zum Missbrauchen in den General-Versammlungen aufgestellt, sich durch die Beweisaufnahme vollständig als unwahr erwiesen haben. In allen Beziehungen treffe der Aufsichtsrath feinerlei Vorwurf. Unter solchen Umständen komme als Erichwerungsgrund gegen den Verlag in Betracht die Dreistigkeit und Hartnäckigkeit, mit welchen er sein injiziertes Verhalten gegen die hochachtbaren Mitglieder des Aufsichtsrates fortgesetzt habe, nie habe der Angeklagte etwas von Pater peccavi verlauten lassen, es sei dem Aufsichtsrath von dem Angeklagten Eigennutz, Schädigung fremder Interessen, Untreue und eines der gemeinten Verbrechen und Vergehen vorgeworfen worden. Andererseits mögen als krasimildende Gründe in Betracht gezogen werden, daß durch die freilich durch die Umstände gebotene Doppelstellung des Aufsichtsraths und des Disconto-Gesellschaft und Bleidröder bei den Actionären Misverständnisse entstehen können, sowie, daß sich nach der Meinung des Zeugen Ewald später noch ein cartellechsig verfolgbarer Anspruch von 2 Millionen Thaler gegen Dr. Strousberg heraufgestellt habe. Aber auch in dieser Beziehung treffe den Aufsichtsrath kein Tadel, da diese Ermittlungen erst nach dem Vergleichsabschluß zu seiner Kenntnis gelangt sind, und er obendrein den zutreffenden Weg einer Criminal-Untersuchung beschritten, in welchem sich die Nachverfolgbarkeit der Ansprüche ergeben habe. Was die gegen den Fürsten Bismarck gemachten Beleidigungen betrifft, so ist auch in der hypothetischen Form, daß der Reichskanzler den Grafen Harry v. Anhalt zum Selbstmord habe zwingen wollen, eine Beleidigung zu finden. Die Spize des zweiten Artikels richtet sich zwar mehr gegen die Minister Delbrück und Camphausen als gegen den Reichskanzler. Indes liege in dem Vorwurf, daß andere Personen den höchstgestellten Beamten zum Sündenbock nehmen und als ihre Creatur behandeln wollten, eine Beleidigung. Der Gerichtshof hat daher beschlossen, zu erkennen auf eine vierwochentliche Gefängnisstrafe wegen Beleidigung des Fürsten Bismarck, ferner auf eine vierwochentliche Gefängnisstrafe wegen Vorbeleidigung gegen den Aufsichtsrath der Rumänischen Eisenbahn-Gesellschaft und auf eine je vierwochentliche Gefängnisstrafe für die in acht Artikeln der „Deutschen Eisenbahnenzeitung“ gemachten Beleidigungen und Verleumdungen gegen den Aufsichtsrath. Der Gerichtshof hat beschlossen, im Ganzen auf eine viermonatliche Gefängnisstrafe zu erkennen.

△ Berlin, 3. Februar. [Aus dem Reichstage. — Geh. Rath Wagner.] Abgesehen von ein paar kleinen Budgetgesetzen, die unter Richters mündlichem Referat schnell genug erledigt wurden, hat der Reichstag heute sich wieder nur mit dem Hilfskassengesetz beschäftigt und wird diese, wie es scheint, doch wohl fruchtbare Arbeit, um 1½ Uhr fortsetzen. In der Debatte ging es bei den §§ 6 und 15 recht mutter zu, so daß viele, welche die Verhandlung über den ihnen völlig gleichgültigen Gegenstand zum Schluß benutzen wollten, darin sehr unliebsam gefördert wurden. Wieder fand sich ein preußischer Minister, diesmal Herr Achenbach, veranlaßt, eine große Rede über die Gefahren der Sozialdemokratie zu halten, und das rohe Gespenst gar deutlich an die Wand zu malen. Man kann nicht sagen, daß er gut dabei abschnitt. Um die Bedingungen, unter denen Krankenkassen der Arbeiter und Handwerker Rechts- und Vermögensfähigkeit erhalten sollen, so streng und exclusiv zu gestalten, daß kaum eine der guten und schlechten Krankenkassen darunter paßt, braucht man die sächsischen Gefahren, die dem Vaterlande von einer Krankenkasse der Sozialdemokraten entstehen können, wahrlich nicht so grausig anzumalen. Die geschicklichen und juristischen Darstellungen des Handelsministers, mit denen er die vortrefflichen Ausführungen von Schulze-Delitzsch und Duncker zu widerlegen suchte, wurden nicht einmal für richtig gefunden. Professor Haneltheit widerlegte die juristischen Gründe und der Drechslermeister Bebel, der in mehrjähriger Erfahrung seine Kenntnisse außerordentlich erweitert zu haben scheint, wußte mit einigen Daten aus der Geschichte der Zünfte, die ihm von der Linke die Zusage „Sehr richtig!“ eintrugen, dem gelehnten Herrn Minister recht glücklich aufzuwarten. Die Abstimmung mit Hammelsprung beim § 15 war freilich kein hinreichender Ausdruck für die Stimmung des Reichstages. Die von etwas Sozialdemokratie beeinflußte Commission hatte bereits einen Zusatz zu § 15 des Entwurfs angenommen, demzufolge Mitglieder der Kasse, wenn sie ihr 3 Jahre lang angehören, nicht mehr wegen des Austrittes oder Ausschlusses aus einer Gesellschaft oder einem Vereine, auch aus der Kasse ausgeschlossen werden dürfen. Dem entgegen hatte zunächst der Mainzer Sozialreformer geistlicher Gattung Monsfang einen das an sich richtige Prinzip recht ungeschickt behandelnden Antrag eingebracht, wonach die wegen solcher Dinge ausgeschlossenen Kassenmitglieder Entschädigung beanspruchen können. Für diesen Antrag stimmten Clericale, Sozialdemokraten und eine Anzahl Nationalliberaler, darunter Lasker. Nachdem er abgelehnt war, wurde ein Antrag des Harburger Bürgermeisters Grumbrechts angenommen, der jede Ausschließung von Mitgliedern, gleichviel wie lange sie der Kasse angehören, aus dem oben erwähnten, im Commissions-Entwurfe unter Beschränkung auf die drei- und mehrjährige Mitgliedschaft zugelassenen Gründe, verbieten wollte. Die Hammelsprung-Mehrheit 121 gegen 120 war eine zufällige. Denn Lasker und mehrere, die mit der Mehrheit stimmten, während sogar einzelne von der äußersten Rechten der national liberalen Partei, wie Bernuth und Thiel, mit der Fortschrittspartei vereinten, hatten dies nur, um zur 3. Lesung den Antrag Monsfang in verbesselter Gestalt aufzunehmen. — Morgen stehen interessante Debatten beim Invalidenfonds bevor. Miquel wird die angeblich von Wagner inspirierten Schimpfbücher der Conservativen zur Sprache bringen. Auffallender Weise hat heute der Münchener Pfarrer Westermeyer von der Tribune den Geh. Rath Wagner, von dem er einen Ausspruch erhielt, als denjenigen bezeichnet, welcher an der Strafgesetznovelle und an dem Hilfskassengesetz mitgearbeitet habe, — ohne daß, soweit ich hören konnte, diese Behauptung vom Bundesrathstisch bestritten worden ist.

[Erklärung.] Die „Kreuzzeitung“ bringt heute folgende Erklärung:

„Herr v. Diest-Daber hat im Laufe der letzten Jahre mehrere Unterhaltungen mit mir herbeigeführt und auf an mich gerichtete Briefe einige briefliche Antworten von mir erhalten. Vor einiger Zeit erfuhr mich Herr v. Diest, zu stimmen, daß er, unter Bezugnahme auf jene Unterhaltungen und Briefe, eine Erklärung veröffentlichte, welche, wie er sich ausdrückte, wegen einer gewissen Aufregung in conservativen Kreisen notwendig sei und auch zur Abwehr von Angriffen gegen mich dienen sollte. Ich lehrte mündlich und schriftlich wiederholte meine Zustimmung ab und wünschte, daß von jeder derartigen Bezugnahme Abstand genommen werde. Die Gründe der Weigerung teilte ich Herrn v. Diest mit; ich wollte aus Gründen auch nicht mitteilbar an einer Polemik in der Presse beteiligt sein, die parlamentarische Vorgänge und Ansichten anknüpft, und Privataufnahmen und Privatbriefe erscheinen mir als keine geeignete oder auch nur geeignete Unterlage für öffentliche Erklärungen, welche bestimmt wären, eine Polemik einzuleiten.“

Nachdem Herr v. Diest-Daber dennoch in der „Neuen Preußischen Zeitung“ die in Nr. 26 derselben uns vorliegende Erklärung veröffentlicht hat, muß er sich gefallen lassen lassen, daß ich inhaltlich auf dieselbe nicht näher eingehen. Selbst die in wesentlichen Punkten unrichtigen Wiedergaben aus unseren mündlichen Unterhaltungen können mich nicht veranlassen, wider Willen auf eine Polemik in der Presse einzugehen, welche ich von Haufe abgelehnt habe und aus Gründen zurückweiche. In parlamentarischen Angelegenheiten ist das Parlament der Ort meiner Wirklichkeit, dort steht ich Rede, und ich glaube beanspruchen zu dürfen, daß ich wegen dieser Meinung meine Wirklichkeit lediglich nach meinem Verhalten im Parlament beurteilt und in keinen mit widerstreitender Parteistellung außerhalb desselben verwirkt werde.“

Berlin, den 3. Februar 1876. Pelplin, 3. Februar. [Gegen die polnische Sprache.] Das Pelpliner Jesuitenblatt zählt Westpreußen beharrlich zu Polen und ruft mich unter den Abschnitt, der den Titel „Polnische Länder“ führt. In diesem Abschnitt steht das Blatt nun mit, daß man dem Abgeordnetenhause den Gesetzentwurf über die Amts-Sprache vorgelegt habe. Diesen Entwurf habe man bereits 1873 dem Herrenhaus vorgelegt und zwar zur Zeit, als der deutsche Kaiser mit dem Fürsten Bismarck in Petersburg war. Wahrscheinlich wollte man damit Russland bewegen, sich nachgiebig gegen Deutschland dafür zu bezeugen, daß dieses die Feinde jenes händige. Es scheint, daß man damals von Russland nichts erhandelt hat. Wahrscheinlich probten das die Deutschen jetzt wieder und deshalb treten sie mit dem Projekt der gänzlichen Besetzung der polnischen Sprache in amtlicher Angelegenheit auf.“

Fulda, 3. Februar. [Conferenz.] Einer Mitteilung aus sicherer Quelle zufolge findet Ende April dahier wieder eine Conferenz des deutschen Episcopats statt.

Dresden, 3. Februar. [Entlassung.] Der „Dresden. Anz.“ schreibt: „Der Premierlieutenant v. Schwanewede ist, wie wir aus amtlicher Quelle erfahren, am 21. v. M. laut allerhöchsten Beschlusses aus der Armee ausgeschieden.“ Premierlieutenant v. Schwanewede war in sehr hervorragender Weise an einer großen Säbelaffaire, die vor etwa 2 Jahren im Schützengarten zu Lautitz ausgeführt wurde, beteiligt.

München, 2. Februar. [Feldzeugmeister von Brodesser †

Pest, 3. Febr. [Deal's Leichenfeier.] Bereits um 8 Uhr Morgens strömte das Volk durch die Straßen. Nach 9 Uhr wurde der Militärcordon gebildet. Jüngere Abgeordnete in ungarischer Trauergala mit umflossenen Stäben fungierten als Ordonner. Nach 10 Uhr wurden die Reichstagssmitglieder, die Präsidenten der Deputationen und Journalvertreter in den Akademiepalast eingelassen. Der Saal bot ein däster prächtiges Bild. Zu Füßen des Sarkophags war der leer gelassene Platz für die pontificirende Geistlichkeit, zu beiden Seiten desselben der Raum für die Verwandten, auf der Mitteltreppe der reservirte Platz für Erzherzog Joseph und Erzherzogin Clotilde. Rückwärts war der Raum für die Minister und obersten Hofbeamten links, für den General-Adjutanten Baron Mondel, Prinzen Coburg, Grafen Andrássy und die Reichsrats-Deputation rechts. Rückwärts standen stufenweise von allen Seiten die Reichstagssmitglieder.

So lag 11 Uhr trat der Cardinal-Primas ein, an seiner Seite Erzbischof Samassa und der griechisch-unirite Bischof Oltana, hinter demselben mehrere Bischöfe. Hierauf wurde das „Dremus“ intoniert.

Fünf Minuten vor 12 Uhr rangierte sich der Zug, auf welchen auf dem freien Platz unmittelbar vor der Akademie der Erzherzog Joseph und die gesamte Generalität warteten. Der erste General-Adjutant des Kaisers, FML Baron Mondel, hatte sich dem Zug angegeschlossen. Der Zug setzte sich sodann in Bewegung. Hierauf folgte die Geistlichkeit und ein prächtiger Trauerwagen mit 124 Kränzen, deren kunstvoll verzierten Bandelein den ganzen Wagen umfanden. Sodann folgte der mit 6 Rappen bespannte Wagen mit dem Sarge. Auf dem Sarge zu Häupten lag der von der Kaiserin gespendete Kranz und folgten sodann die von dem Kaiser, dem Erzherzog Joseph, der Erzherzogin Clotilde, dem Reichstage und der inneren Stadt Budapest, als Wahlbezirk Deal's, gewidmeten Kränze. Vom Sarge links hielten Bänder: Majlath, Tisza, Tézó, die Grafen Andrássy und Bejajevich und Baron Migranac. Rechts hielten Bänder: Ghyczy, Perczel, Szende, Péchy, Simonyi und Baron Wenckheim. Hierauf folgten die Familie des Verbliebenen, die Deputation des Reichsrates, die Consuln, der Reichstag, die verschieden Deputationen und anderweitige hervorragende Persönlichkeiten. Die Militärmusik intonierte einen Trauermarsch. Als der tieferschütternde Trauergang und das Gebet beendet war, hielt Unterhaus-Präsident Ghyczy — mittlen auf der Haupftiege, zu Häupten des Sarges stehend — die Trauerrede.

Vor fünfzehn Jahren bereits hatte er als Präsident des Abgeordnetenhauses an dem Saage Paloczy's, dann Teleki's Trauerreden zu halten; nun machte ihm der Tod eines der Gründer unter den Großen der Menschheit eine solche Rede zur Pflicht. — Es sei ihm unmöglich, die passenden Worte zu finden. Das Leben Deal's, welches mit der Geschichte des Vaterlandes in den letzten vierzig Jahren so innig verknüpft ist, das Sterben Deal's, welches den tiefliegenden Schmerz der ganzen Nation hervorrief, — beides in einer Rede zusammenzufassen und zu schildern, sei unmöglich. Hierauf folgte eine biographische Skizze, in welcher Ghyczy den 1867 er Ausgleich in folgender Weise kennzeichnet: Derselbe hat uns nicht vollständige Selbstständigkeit und Unabhängigkeit gegeben, wie sie einer unter der Herrschaft eines Fürsten stehende Nation haben kann, er hat uns aber gegeben, was innerhalb des bestehenden Rahmens denkbar, erreichbar war. Deal ist gestorben, seine Schöpfungen aber werden leben und gedeihen und dem Vaterlande und der Nation, welchen er europäisches Ansehen verschafft hat, Glück bringen. Friede und Segen schwebt über seiner thurenen Asche.

Schweiz.

Bern, 31. Jan. [Zur Kinder'schen Erbschaft.] Der von den Basler Diözesanständen Bern, Solothurn, Basel und Thurgau gegen den von ihnen abgesetzten Bischof Lachat wegen Herausgabe der Erbschaft des Fräuleins Linder angehobene Proces wird am 24. März vor dem Solothurner Gericht zur Verhandlung kommen. Für den Fall, daß die Kantone Zug und Luzern, welche bekanntlich sich von dem Bistum Basel trennen und dem Herrn Lachat treu geblieben, ein Bistum für sich bilden wollen, sind übrigens die Kläger bereit, denselben die Hälfte der Erbschaft zu überlassen. Ihr Anwalt ist bereits zur Abgabe einer Erklärung in diesem Sinne ermächtigt; somit steht eine Schlichtung des Conflicts in baldiger Aussicht.

Italien.

Nom, 28. Jan. [Der Papst] hielt diesen Vormittag ein geheimes Consistorium. Vor der Promotion der Bischöfe schloß Pius IX., dem Cardinal Ruggero Antici-Mattei, welcher im Consistorium des 27. September 1875 publiziert ward, den Mund; nach der Publikation der neuen Bischöfe erfolgte die Defension des Mundes und die Investitur des Cardinals mit dem Ringe, so wie die Verleihung des Presbyterialtitels von St. Lorenzo in Panisperna. Von den 22 heutigen ernannten Bischöfen nennen wir den Bischof von Passau Monsignor Joseph Franz Beckert, Diözesanpriester zu Augsburg, Domherr in der dortigen Kathedrale, Secretär bei der bischöflichen Curie, mit 8000 Gld. jährlichem Gehalt, und den Bischof von Azotus in part. (Palästina) Monsignor Franz Bernert, deputirten apostolischen Vicar von Sachsen.

[In einer Besprechung der Sendung Dutrey's nach Egypten] kommt das „Giornale delle Colonie“ zu dem Schlusse, daß die Schritte, welche Dutrey gegen die Justizreform hat, nur Hintenwaren, um den wahren Zweck seiner Sendung zu verbergen. Er sollte einen Druck auf den Bicekönig ausüben, damit dieser den französischen Finanzvorstellungen den Vorzug vor den englischen gäbe.

Nach dem Verkauf seiner Suezcanal-Aktion an die englische Regierung will der Bicekönig nämlich auch die ihm garantierten 15 p.c. vom Ertrag des Canals so wie den Betrieb der Eisenbahnen auf eine bestimmte Reihe von Jahren abtreten, um die Interessen der schwedenden Schulden leichter bezahlen zu können. Es erboten sich sofort zwei Gesellschaften zu diesem Geschäft, eine französische, durch Herrn Gasté vertreten, welche 16 Mill. Pd. St. bietet, so wie eine englische Gesellschaft, welche ihre Vorschläge noch nicht formulirt hat. Diese aber werden höchst wahrscheinlich annehmbar sein, als die französischen. Da die Regierung Frankreichs gegenwärtig auf den englischen Einfluß in Egypten eifersüchtiger ist als je, so sandte sie Herrn Dutrey, der früher französischer General-Consul in Alerandria war, nach Kairo, um den Bicekönig für die Vorschläge der französischen Gesellschaft zu gewinnen. Herr Dutrey nahm sich aber dem Bicekönig gegenüber so anmaßend, daß dieser am Abend des Audienztages den italienischen General-Conjur und am folgenden Vormittag auch die General-Consuln von England, Russland, Deutschland und Österreich zu sich kommen ließ, um sie von dem Vorgefallenen in Kenntniß zu setzen, damit sie ihren Regierungen darüber der Wahrheit gemäß Bericht erläutern könnten. Er versicherte dabei hoch und thener, daß er sich um keinen Preis zum Werkzeug des Antagonismus zwischen England und Frankreich hergeben werde. Man kann daher die Mission des Herrn Dutrey als gescheitert betrachten, und der Bicekönig wird nun seine 15 p.c. vom Ertrag des Suezcanals so wie den Betrieb seiner Eisenbahnen trotz aller Einwände von Seiten Frankreichs an die Gesellschaft abtreten, welche ihm dafür den annehmbaren Preis bietet. Thatsache bleibt freilich, daß die ersten Verhandlungen darüber in Paris eingeleitet wurden und daß sie vielleicht nur deshalb fehlgeschlagen sind, weil die französische Regierung Herrn Dutrey nach Kairo geschickt hat, der vielleicht zu anderen Dingen, aber nicht zu diplomatischen Sendungen zu gebrauchen ist.

Frankreich.

* Paris, 2. Februar. [Angriffe auf die deutsche Presse.] Man schreibt der „N. Ztg.“: Die Pariser offizielle Presse sieht in ihren Leistungen der Provinzial-Presse nicht nach. Der „Français“, das Hauptorgan des Ministers, hat die Eigenschaft, durch die Art seiner Polemik alle Welt zu reizen und hat dadurch zu der in gewisser Beziehung ganz ungerechtfertigten, aber nicht zu leugnenden Unpopulärität des Herrn Buffet besonders beigetragen. Der „Soir“ compromittirt heute Abend den Minister durch die folgende Notiz: „Mehrere Mitglieder des diplomatischen Corps haben gestern Herrn Buffet besucht oder haben sich bei dem Minister eingetrieben.“ Als wenn es Mitgliedern des diplomatischen Corps in den Sinn kommen könnte, durch einen solchen Schritt eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Frankreichs zu befürden. Die Erfindung ist doch gar zu plump und taclos. Und nun erst die „Patrie“, welche zur Vertheidigung des Herrn Buffet so unerhörtes Zeug vorbringt, daß dafür

jede Bezeichnung fehlt. Gestern schreibt dieses „conservative“ Organ, was folgt: „Es lag uns daran, die Bedeutung und die Natur der Coalition zu ermessen, der Herr Buffet für den Augenblick in den Vogesen unterlegen ist. Wir haben die französischen Blätter in den Vogesen und Umgegend zusammengestellt, welche sich den auswärtigen, mehr Deutschland als Frankreich ergebenen Journalen angelassen haben, um mit einer Wuth sondergleichen die Candidatur des Ministers zu bekämpfen. Es ist übrigens nicht das erste Mal, daß wir die schmerliche Pflicht zu erfüllen haben, die Allianz der radicalen Blätter mit den ausländischen Blättern zu constatiren. Die fremden Journalen sind: in Belgien die „Indépendance Belge“ und der „Mirabeau“, ein ultraradicales Organ; in Deutschland die in Meß erscheinende „Lothringische Zeitung“ und das in Straßburg erscheinende „Gässer Journal“, welche beide dem Großkanzler ergeben sind; die Berliner National-Zeitung“, die „Augsburger Allgemeine Zeitung“, die „Neue Freie Presse“, Privateigentum des Herrn v. Bismarck; in der Schweiz das „Journal de Genève“ und die „Gazette de Lausanne.“ Alle diese Blätter gelten nicht für Freunde Frankreichs, im Gegenteil. In Frankreich sind es „La Mémorial des Vosges“ in Epinal, die „Gazette Vosgienne“ in Saint Die, der „Nord-Est“ in Charleville u. s. w. Zu zwanzig Tausenden sind diese französischen und fremden Journalen täglich in den Vogesen verbreitet worden, gegen Herrn Buffet anstürzend, dessen Candidatur gerade wegen dieser Angriffe von Außen die patriotische Candidatur par excellence hätte sein sollen. Die Wähler des Arrondissements von Mirecourt werden dies begreifen und den von den Senatswählern der Vogesen begangenen Irrthum wieder gut machen.“ Heute Abend schreibt dasselbe Blatt: Die „Neue Freie Presse“, Privateigentum des Herrn v. Bismarck, deren Pariser Correspondent wohl bekannt ist, drückt sich über Herrn Buffet in folgender Weise aus: „Man sollte ihn in den Anklagezustand versetzen, um einen Erempl zu statuieren.“ Um so ehrenwerte Injurien zu verdienen, muß die Politik des Herrn Buffet sehr geschickt, sehr französisch und Deutschland sehr unbehaglich sein. Mögen die radicalen Wähler der Herren Claude, Georges und Clandot sich Glück wünschen; ihre Abstimmung hat dem Großkanzler Deutschlands Freude bereitet. Die Conservatoires von Mirecourt werden bessere Patrioten als die Senatswähler sein.“ Ein so namenloser Blöddin ist nicht einmal belustigend; es muß vielmehr ein peinliches Gefühl erregen, einen immerhin höchst bedeutenden Staatsmann, wie es der französische Minister des Innern ist, in solcher Weise verhöhnt zu sehen. Herr Buffet kann mit Recht sagen: „Gott beschütze mich vor solchen Freunden.“

[Herr Buffet und seine Aussichten in den Vogesen.] Im gestrigen Ministerrathe, schreibt man der „N. Ztg.“, hat Herr Buffet seinen Collegen das Ergebnis der Senatswahlen mitgetheilt und zugleich gesagt, daß er als Kandidat für die Deputirtenkammer im Departement der Vogesen auftreten werde. Herr Buffet will sich in Mirecourt wählen lassen. Dieses Arrondissement ist eins der wenigst bevölkerten des Departements und besteht aus der kleinen Stadt Mirecourt, die etwa 5000 Einwohner zählt, und aus Bauerngemeinden. Der „Français“ behauptet, die Delegirten des Arrondissements Mirecourt hätten bei der Senatswahl der Liste des Herrn Buffet die Majorität gegeben; aber wie kann das officielle Organ dieses wissen, da die Abstimmung eine geheime war? Diese Frage stellt heute die „Presse“ an den „Français“; dieser hat jedoch mit seiner Behauptung nur den Zweck, dadurch auf die Wähler des genannten Arrondissements für die Wahl vom 20. Februar zu wirken. Der „Français“ könnte sich jedoch abermals täuschen, denn ein Privatbrief aus den Vogesen bestätigt das Folgende:

„Heute Epinal verließ, hat Herr Buffet mehreren seiner volljährigen Freunde zu verstehen gegeben, daß er gegen die Abstimmung der Delegirten bei der Senatorenwahl bei den Wählern des Arrondissement Mirecourt Beifall heut Morgens verließ er Berlin und langte (über Neppen) Nachmittags gegen 3 Uhr hier an. Die Veranlassung zu dieser Reise ist eine höchst traurige, und wird gewiß die herzlichste Theilnahme in der gesamten Einwohnerschaft unserer Stadt hervorrufen. Die hochverehrte Gattin des Herrn Oberbürgermeisters wurde nämlich gestern Abend beim Thee vom Schlag getroffen und war trotz der raschesten ärztlichen Hilfe nicht mehr zu retten. Der Gatte steht trauernd vor der Leiche der innig geliebten Gattin. — Frau Marie v. Forckenbeck, geborene Reschke, war von einer Anspruchslosigkeit, Milde und Freundlichkeit, die ihr aller Herzen gewannen. Es gab keinen gemeinnützigen oder wohltätigen Verein, an welchem Frauenhätigkeit erwünscht war, welcher die verehrte Frau Oberbürgermeister nicht zum Mitgliede gehabt hätte. Überall war ihr Wälten ein so liebevolles und gesegnetes, daß die Trauer über ihr unerwartetes Dahinscheiden eine ebenso tiefschmerzhafte als allgemeine ist.“

Dieses schreibt ein Mitglied des Generalrats, welches die Stimmlistung der Wähler seiner Gegend wohl kennen dürfte. Wenn die Wahl des Herrn Buffet nochmals scheitert, so kann er sich ins Privatleben zurückziehen und hat dann jeden Wahlmodus an sich selbst erlebt: seine Collegen in der Nationalversammlung haben ihn bei der Wahl zum lebenslänglichen Senator fallen lassen, er ist bei der indirekten Wahl zum Senator auf Zeit durchgefallen und — Ende gut, Alles gut — auch durch die allgemeine Abstimmung als Kandidat für die Deputirtenkammer.

[Die Wahlen und die Präfecten.] Man erfährt jetzt einige nähere Einzelheiten über die Vorgänge bei den Sonntagswahlen. Die Präfecten traten überall mit einer Willkür auf, die in nichts hinter der zurücksteht, die bei solchen Gelegenheiten unter dem Kaiserreich Mode war. Ein großer Theil der Monarchisten und Orleanisten verdankt ihnen allein ihre Wahl. Besondeß arg waren die Umtreibe in der Gare, in der Dis, in der Ober-Garonne, im Salados und in der Unter-Loire. Broglie und Lambert de St. Croix suchten ihre Wahl durch den Bund, den sie mit den Bonapartisten abgeschlossen, zu retten. Broglie's Wahl wird aber jedenfalls zu Beschwerden bei der Prüfung der Senatorenwahlen Anlaß geben. Der Präfect ließ sich nicht alle möglichen Wahlmandate zu Schulden kommen, sondern man ging so weit, vor der zweiten Abstimmung an die Wähler folgendes Schriftstück, das weder den Namen des Druckers trug noch unterzeichnet war, zu vertheilen:

„Wähler der Cure! Wenn man nicht für den Herzog von Broglie stimmt, so werden die Feinde der Regierung sagen, daß das Departement der Cure gegen den 24. Mai protestieren wollte, welcher den Maréchal Mac Mahon an die Gewalt brachte, und gegen den 20. November, welcher ihm die höchste Gewalt für sieben Jahre verließ.“

Dieses schüchterte einen großen Theil der Wähler ein. Daß Broglie (Thiers nannte ihn früher schon den „Schwiegling der Bonapartisten“) mit den Anhängern von Chasselhurst abgeschlossen, ging auch daraus hervor, daß man gleich nach der ersten Abstimmung Stimmzettel vertheilte, auf denen sich sein Name und der des Bonapartisten Admiral La Roncière le Noury befand.

○ Paris, 2. Febr. [Türkische Zustände.] Die „Debats“ erhalten von ihrem Correspondenten in Konstantinopel mitunter sehr belustigende Schilderungen der dortigen Zustände. Heute erzählt der Correspondent von gewissen Eigenthümlichkeiten der türkischen Beamtenwirthschaft. „Es gibt hier Beamten-Odyseen, neben denen die Erfahrt des klugen Ulysses nicht aufgeregter erscheint, als die Existenz eines Kurzwarenhändlers in irgend einer kleinen Provinzialstadt. — Als Beispiel citiren wir den Fall Raouf Pascha's, eines intelligenten und braven Mannes. Er fand nicht an Allem, was er im Palaste des Großherrn sah, Gefallen, und erlaubte sich Bemerkungen, besonders über die Ausgaben des Sultans. Das war in der That zu viel Verwegenheit; er wurde aus dem Palaste verjagt, zum Gouverneur von Kreta ernannt und verstand es sich bei den Kreternen beliebt zu machen. Unter seiner Verwaltung gab es keine Revolten; was man

auch sagen mag, das Gefühl der Gerechtigkeit lebt in allen Völkern und die Gerechtigkeit ist die erste Tugend, die sie von den Regierenden verlangen. Da Raouf Pascha in Kreta nützlich war, schickte man ihn nach dem Hedjas; aber er war kaum unterwegs, so wurde ein Dampfer hinter ihm drein gesandt, der ihn bei Suez einholte und als Marineminister zurückführte. Er arbeitet, schreibt sich in seine neue Ausgabe ein und sobald er ein wenig eingeschossen, schickte man ihn als Gouverneur nach Saloniki. Dort hat er noch nicht seinen Koffer ausgepackt, so ist er schon abberufen und nach der Herzegowina unterwegs. Er studirt das Land, gewinnt einige militärische Erfolge und eben da er im Stande wirkliche Dienste zu leisten, muß er nach Kreta zurückkehren, zur großen Freude der Kreter, um vielleicht in einigen Tagen von Neuem befördert zu werden... wo zu? vielleicht zum Director einer unserer vier Facultäten, denn wir haben deren vier: die Facultät der Wissenschaften, der Sprachen, des Rechts und... der Telegraphie. Der Leser stellt sich ohne Zweifel vor, daß diese Beamten dafür, daß sie das türkische Reich in allen Richtungen durchmessen, ihre „Umzugsgelder“ haben, dem ist so, aber sie selber bezahlen dieselben. Bei jedem Stellenwechsel müssen sie dem Palaste (wir hätten beinahe gesagt dem Sultan) einen Batschick entrichten, der je nach der Wichtigkeit des Amtes wechselt und sich zuweilen auf 1000 bis 2000 Livres beläuft. Das ist obligatorisch, und der Kämmerer, welcher die Ernennung bringt, erhebt zugleich diese Summe. Wir glauben gewiß nicht, daß um eines so kleinlichen Interesses willen, das Beamtentum beständig in voller Revolution erhalten wird und wir beschränken uns darauf, die Vorthelle hervorzuheben, welche Sr. Majestät daraus entsprechen. Begreift man nun, warum die Beamten, dergestalt ausgepreßt, sich an ihren unglücklichen Pflegebefohlenen entschädigen? Ali-Levelini, Pascha von Janina, sagte stolz: „Ich bin die brennende Fackel, welche die Menschen verzehrt.“ Die Männer werden nicht mehr von der Fackel verzehrt, aber sie werden von den Blutegeln ausgesogen.

Danemark.

Kopenhagen, 31. Jan. [Premier-Lieutenant J. A. B. Andersen] der auch in Deutschland albeliebte heldenmütige Vertheidiger der Düppeler Schanze Nr. 2 am 18. April 1864, ist hier, kaum 38 Jahre alt, gestorben. Andersen, welcher Artillerie-Lieutenant der Borgholmer Miliz war, trat beim Ausbruch des Krieges von 1864 als Freiwilliger in die Linie ein. Für seine Tapferkeit erhielt er das Ritterkreuz des Dannebrog und von dänischen Bürgern einen Ehrensäbel. Später wurde ihm auch eine extraordinaire Pension zugestanden.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 4. Februar. [Tagesbericht]

** [Herr Oberbürgermeister von Forckenbeck] wurde gestern Abend plötzlich durch den Telegraphen von Berlin nach Breslau gerufen. (S. die Notiz „Abendzeitung“ im Mittagblatt der „Bresl. Ztg.“ Nr. 58.) Das Telegramm war ihm gestern Abend so spät zugestommen, daß er keinen der abgehenden Züge mehr benutzen konnte. Erst heut Morgens verließ er Berlin und langte (über Neppen) Nachmittags gegen 3 Uhr hier an. Die Veranlassung zu dieser Reise ist eine höchst traurige, und wird gewiß die herzlichste Theilnahme in der gesamten Einwohnerschaft unserer Stadt hervorrufen. Die hochverehrte Gattin des Herrn Oberbürgermeisters wurde nämlich gestern Abend beim Thee vom Schlag getroffen und war trotz der raschesten ärztlichen Hilfe nicht mehr zu retten. Der Gatte steht trauernd vor der Leiche der innig geliebten Gattin. — Frau Marie v. Forckenbeck, geborene Reschke, war von einer Anspruchslosigkeit, Milde und Freundlichkeit, die ihr aller Herzen gewannen. Es gab keinen gemeinnützigen oder wohltätigen Verein, an welchem Frauenhätigkeit erwünscht war, welcher die verehrte Frau Oberbürgermeister nicht zum Mitgliede gehabt hätte. Überall war ihr Wälten ein so liebevolles und gesegnetes, daß die Trauer über ihr unerwartetes Dahinscheiden eine ebenso tiefschmerzhafte als allgemeine ist.

* [Fidelis und Feiler.] Das ultramontane „Schles. Kirchenbl.“ berichtet: Augenblicklich weilen hier mit Genehmigung der Behörden die PP. Fidelis a Fanna aus Venetia und Ign. Feiler O. S. F. befuß Durchsucht der auf den bissigen königlichen Bibliothek enthaltenen Manuskripte den Werken des heil. Bonaventura und anderer älterer Theologen des Franstaner-Ordens. Beide haben bereits die bedeutendsten Bibliotheken Deutschlands und Dänemarks vor kurzem besucht und eine Fülle Material für die projectirten Editionen gesammelt. Wie uns mitgetheilt wurde, beabsichtigt der General des Ordens P. Bernardinus a Portu Romantino neue Editionen der hervorragendsten Theologen des Ordens besorgen zu lassen. Zunächst ist die Herausgabe der Werke des heil. Bonaventura in Aussicht genommen. Sie liegt in der Hand des P. Fidelis, der zu diesem Zwecke die bedeutendsten Bibliotheken Italiens, Frankreichs und Deutschlands durchsucht.

* [Alt-katholische Geistliche in den „alt-katholischen“ Gemeinden in Neisse und in Hirschberg als „Pfarrer“ angestellt werden.

+ [Cardinal Graf Ledochowski] ist gestern nach erfolgter Enthaltung aus seinem Gefängnis in Ostrowo von dort mittelst der Warthauer, der Oels-Gnesener und Rechte-Oder-User-Eisenbahn über Kempen, Oels, Breslau, ohne unsere Stadt zu berühren, weiter bis nach Station Mochbern gefahren. Hier erwartete er den Vormittag um 10 Uhr von hier abgehenden Expresszug der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn, mit welchem er in Gemeinschaft seiner Begleitung die Weiterreise nach Berlin fortsetzte.

* * [Mittheilungen des statistischen Bureaus.] (Woche vom 23. bis 29. Januar) Die statistischen Mittheilungen erscheinen jetzt in sammelndem Druck und enthalten Notizen über meteorologische und physikalische Beobachtungen und über die Ab- und Zunahme der Bevölkerung sowohl in einzelnen Stadtteilen, als in der ganzen Stadt. Die graphische Darstellung auf der Rückseite des Blattes macht die Vergleichung recht anschaulich, ist aber trotz der Zeichen-Erläuterung für den Uneingeweihten unverständlich. — Die meteorologischen und physikalischen Beobachtungen enthalten nicht allein die Angaben über die Temperatur der Luft, sondern auch des Erdobogens und des Grundwassers. So hatte z. B. die Oberfläche des Erdobogens eine Temperatur von -0,65° R., in einer Tiefe von 25 Centimeter -0,25° R., in einer Tiefe von 50 Centimeter +0,93° R., in einer Tiefe von 125 Centimeter +2,83° R., in einer Tiefe von 225 Centimeter +6,07° R. Diese Angaben sind z. B. von Interesse wegen der unterirdischen Wasserleitungsröhren, da man daraus er sieht, ob die Gefahr des Einsturzes vorhanden ist oder nicht. — Der Ozongehalt der Luft war derselbe wie in vorangegangener Woche, nämlich durchschnittlich = 2. — In den Standesämtern wurden

plötzlich mit solcher Behemey erfolgte, daß die Stahlräsenfläche einen Theil der Kesselverkleidung abriß und bis über die Telegraphenröhre fortgeschleudert wurden. Anerkennung verdient der Maschinenführer Härtel, der mit großer Umsicht bald darauf den Zug zum Halten brachte und großes Unglück zu verhindern wußte. — Fast nur wenige Schritte von derselben Stelle entfernt wurde am Abend des nämlichen Tages der von Oberseefahrer kommende Courierzug ebenfalls von einem Unfalle betroffen, indem hier ein Achsenbruch der Locomotive stattfand. Eine Rangiermaschine holte den Zug nach Gogolin zurück, von wo aus eine aus Oppeln requirierte Locomotive den Zug glücklich, jedoch um 2 Stunden verspätet nach Breslau brachte. Um 10 Uhr Abends wurde zur gewöhnlichen Zeit ein Extrazug und um 12 Uhr ein Nachzug gestellt, auf welchem letzteren die zurückgebliebenen durchreisenden Passagiere nach Berlin befördert wurden.

* [Vacante städtische Ehrenämter.] In nächster Zeit werden für nachstehend verzeichnete Ehrenämter Wahlen vollzogen werden: 1) ein Vorsteher im Bischof-Bezirk (bisher Kaufmann Büttner); 2) vierzehn Mitglieder der Armen-Direktion (bisher Propst Dietrich, Kaufleute Gumpert, Nowak, Steulmann, Burghart, Weigert, Rabe, Particulier Fries, Fäster, Weigelt, Wähner, Geh. Sanitätsrat Dr. Gräber, Deputatör Karnach, Gottwirth Gustk); 3) zwei Mitglieder des Arbeitshaus-Vorstandes (bisher Particulier Marks, Chefredakteur Dr. Stein); 4) Vorsteher im Nicolaibezirk I. Abt. (bisher Kaufmann Mindner); 5) ein Mitglied der Direction des Krankenhaus (bisher Particulier Severin — ist zum Stadtrath gewählt); 6) zwei Mitglieder des Armenhaus-Vorstandes (bisher Particulier Fries und Kaufmann Adam). — Berücksichtig aus dem Schoofer der Bürgerlichkeit sind an die Wahl- und Verfassungskommission des Stadtverordneten-Collegiums zu richten.

= [Zum Fleischconium.] Im Jahre 1875 sind im inneren Stadtbezirk Breslaus versteuert resp. geschlachtet worden: 9846 Stück Ochsen, 9725 Stück Kühe, 39.314 Stück Kalber, 54.113 Stück Schweine, 52.475 Stück Hammel und 376 Stück Lämmer, von denen außerhalb des Schlachthofes geschlachtet wurden sind 300 Stück Ochsen, 849 Kühe, 3421 Kalber, 14.347 Schweine, 6966 Hammel und 376 Lämmer. Das meiste Vieh wurde auf dem Schlachthof (103.444 Stück), dann am Berliner Thore (8011 Stück) am Strehlener Thore (4578 Stück), auf dem Freiburger Bahnhofe (6746 Stück), am Südlauer Thore 2622 Stück und am Marienauer Thore (2530 Stück) versteuert.

B. [Verein der Breslauer Colonialwaren-Händler.] In der gesetzten Vereins-Versammlung ereigte ein in Nr. 41 der „Schlesischen Ztg.“ abgedrucktes „Eingelandt“, sowie vorsätzlich die in der kleinen Chronik der „Breslauer Morgen-Ztg.“ hierüber erhobene Beprüfung eine ausgedehnte Debatte. Um für unsere Leser den behandelten Gegenstand in Kürze verständlich darzulegen, entnehmen wir dem „Eingelandt“ Folgendes: „Wie bekannt, haben nämlich eine Anzahl Detail-Kaufleute im Interesse unserer Dienstboten Rabatt-Bücher eingeführt, in welchen alle Brötze der von den betreffenden Haushaltungen direct oder indirect entnommenen Waren eingetragen werden und von welchen dann den Dienstboten ein Rabatt bis 5 % ausgezahlt wird. Nicht allein, daß dadurch die nötigsten Bedürfnisse erheblich vertheuer werden, vielmehr ist dies auch der sicherste Weg, unsere Dienstboten noch mehr zu demoralisieren.“

Der Vereins-Vorstand hatte die Herren Karnach, Pohl, Rückert und Biller beauftragt, über die angeregte Frage Bericht zu erstatten und gab Namens-derselben Hr. Karnach das Referat. In einem längeren Schriftstück weist derselbe die der Branche der Colonial-Waren-Händler gemacht Vorwürfe zurück und war aus folgenden Gründen: Es ist allgemein bekannt, daß die hiesigen Colonial-Warenhändler seit einer langen Reihe von Jahren den Dienstboten gewisse Rebaten für gemachte Einkäufe gewähren und zwar entweder in Form eines bestimmten Vierteljahrsbetrages oder als Procent von den eingekauften Waren. Der hierdurch erlangte Vortheil sieht allerdings direct den Dienstboten zu, indirekt jedoch partizipiert hieran die Herrschaft, denn die meisten Herrschaften bedingen dadurch die Zahlung eines niedrigen Lobnes, daß für das Engagement ihrer Dienstboten dieselben auf den vom Kaufmann, Bäcker, Fleischer, ja sogar vom Wilschpächter zu beziehenden Rabatt verweisen. Es kann somit dieser Vorbehalt nicht durch den von der Concurrenz gedrängten Kaufmann, sondern hauptsächlich nur durch die Herrschaften selbst abgeschafft werden. Ferner ist die Commission der Ausfertigung durch den Rabatt nicht dem Käufer die Ware vertheuerzt wird, sondern der Kaufmann nothgedrungen den Rabatt von seinem eigenen Verdienst gewähren muß, es mußte dann bewiesen werden, daß einzelne Kaufleute denselben Kunden, welche Dienstboten besitzen, die Ware entsprechend teurer oder schlechter liefern. Endlich erklärt die Commission, daß der Verein die, wenn irgend mögliche Abwendung dieses Vorbehaltes gern anstrebt und hierbei die wohlwollende Unterstützung der Presse erwartet. — Herr Biller berichtete hierauf über die gemachten Zukunftskaufe. Die ersten Wagenladungen von gemahlenem Melis sind bereits unter die Mitglieder vertheilt und gelangt das ganze abgeschlossene Quantum in wöchentlichen Lieferungen zur Vertheilung. Es wurden Seitens der Anwesenden noch weitere beträchtliche Bestellungen auf Melis und Brodgrüder ausgegeben und nach Erledigung des Fragekastens die Sitzung geschlossen.

+ [Zur Abhilfe.] Alle diesjenigen Familienhäupter, die aussersehen sind, sich hierzu eine neue Wohnung zu mieten, belägen sehr die unvorteiliche Einrichtung, daß auf den aushängenden Zetteln „Hier ist eine Wohnung zu vermieten“ nicht auch der Preis derselben bemerkt ist, ein Umstand, der den Vermietern und den Wohnungssuchenden nur Belästigung verursacht. Wie oft kommt es vor, daß jemand eine kleine Wohnung zu achtzig Thaler sucht, und durch den aushängenden Zettel verleiht nach vielen Umhersuchen endlich im 3. Stockwerk beim Wirth erfährt, daß der Mietpreis der fraglichen Wohnung 400 Thlr. ist.

+ [Polizeiliches.] Von Seiten des hiesigen Polizei-Präsidiums ist heute an das königliche Stadtgericht eine große Anzahl gefundener und nicht abgeholter Gegenstände, wie Regenschirme, Damenschädel, Überziehhaube, 51 Stück Schlüssel, 5 Entzündungsdrucker und Portemonnaies abgeliefert worden. In den erwähnten Portemonnaies war eine Gesamtsumme von 460 Mark enthalten. — Ein auf der Alexanderstraße Nr. 29 wohnhafter Bäckermeister vorgestern seinem Lehrling 20 Stück Brote zum Abtragen an die Kunden. Der ungetreue Bursche hat die Geldbeträge für diese Brote im Gesamtwert von 10 Mark, und auch noch einige kleine Reissummen einkassiert und ist dann flüchtig geworden. Den leeren Handwagen hatte er unbeabsichtigt auf der Straße zurückgelassen.

= [Ein Vermieter.] Ende October 1875 ging der Stieffsohn des Häuslers Gabel zu Marienstrasse, Franz August Eduard Ahmann, geboren im Jahre 1851 zu Cunersdorf, Kreis Oels, mit seinen zwei Stieffeldern Josef und Johann Gabel nach Breslau, um hier Arbeit zu suchen. Ja der Nähe von Schwedt blieb Ahmann hinter seinen Begleitern zurück und hat über seinen Verbleib trotz umfassender Nachforschungen bis jetzt nichts ermittelt werden können.

+ Löwenberg, 3. Februar. [Frevethat. — Lehrlingsturnen. — Rathmann Lorenz. — Inspicierung. — Stiftungs-Fest.] In der Nacht vom 30. zum 31. v. M. zerstörten rückslose Hände das auf dem Schießhausberg von den Baumert'schen Erben im Jahre 1862 errichtete eiserne Kreuz und zerbrachen drei das Denkmal umgebende junge Linden. Nicht genug, daß das fast 1½ Ctr. schwere Kreuz mit Aufwand von nicht unbeweglicher Kraft am Sockel des Sandsteinwurfs, auf dem es stand, abgeschlagen wurde, nein, man zertrümmerte auch noch die an dem Kreuze angebrachte bronzenen Figur unseres Erlösers in ganz empörender Weise. Welche Motive dieser haarschäubenden That zu Grunde gelegen haben mag, ist gewiß mehr als ratselhaft! Möchte es den Sicherheitsorganen gelingen, den oder die schamlosen Freveler zu entdecken und zur gerechten und wohldverdienten Bestrafung zu ziehen. — Unter Leitung des Turnlehrers Tisch turnten 38 Böllinge im Laufe dieses Semesters mit diesem Eifer und gutem Erfolge, während die Vertheilung der Mitglieder des Turn-Vereins an den allwöchentlich nur einmal stattfindenden Übungen eine bedeuerlich spärliche und mangelfaßt zu nennen ist. — Der ehemalige Kassir des hiesigen Vorstufen-Vereins, C. Lorenz, hat sich aus hier nicht näher zu erörternden Ursachen veranlaßt gefsehen, seine Funktion als Magistrats-Mitglied auf vorläufig sechs Wochen einzustellen. — In den letzten Tagen inspicierte der Oberst und Regiments-Commandeur, Herr v. Berden aus Legnitz, das hier garnisonierte Fülliger-Bataillon des Königs-Grenadier-Regiments Nr. 7 und soll seine volle Zufriedenheit über die Leistungen und erzielten Resultate desselben ausgesprochen haben. — Unter sehr zahlreicher Vertheilung des Publikums beginnend am 31. v. M. der hiesige kathol. Gesellen-Verein sein zehntes Stiftungsfest.

Δ Schweidnitz, 3. Februar. [Handwerker-Fortbildungsschule. — Gewerbeverein. — Präsidiat. — Evangelische Volksschule.] Die Handwerker-Fortbildungsschule, welche eine Reihe von Jahren pausiert hatte, ist seit dem Monat Januar reaktiviert worden. In dem Etat der Stadt-Hauptkasse für das laufende Jahr sind die früher dafür in Ansatz gebrachten Gelömmittel in dem Titel für Ausgaben wieder aufgenommen worden. Auch der hiesige Gewerbeverein hat sich bereit gezeigt, für die Verstärkung der Kosten einen Beitrag zu leisten. In der letzten Sitzung des gedachten

Vereins hielt Baron v. Reischwitz einen Vortrag über das Thema: „Die Bildung in ihrer Bedeutung für die Volksmoralität“. In einer früheren Sitzung sprach der Maurer- und Zimmermeister Olbrich über Ventilation. Die Städteverordneten-Versammlung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Beratung und Feststellung des Ortsstatut bezüglich der Anlage von Straßen und Aufführung von Bauten im Anschluß an den Stadtbebauungsplan. — Nachdem der Posten des Rectors für die evangelischen Stadtschulen durch die definitive Anstellung des bisherigen Rectors als Stadtschul-Inspecteur erledigt ist, tritt an die Stadtkommune die Frage heran, ob die vacante Stelle wieder in der bisherigen Weise besetzt, d. h. ein Rector für die Leitung der gesammten evangelischen Stadtschulen berufen, oder ob für die Knaben- und für die Mädchenchule je ein Rector angestellt werden soll. Andere wünschen eine noch weitergehende Theilung, d. h. eine Gliederung der Schulen nach dem vierfachen Cöns, aus welchem dieselbe bestehen, und die Übertragung der Leitung derselben an vier Hauptlehrer. Die noch ohnehin bestehende Meinungsverschiedenheit wird in der nächsten Zeit zum Ausdruck gebracht werden müssen.

* [Vacante städtische Ehrenämter.] In nächster Zeit werden

Marz 44,30 bez. u. G., April 45 bez. B. u. G., April-Mai 45,30 bez. u. G., Mai 45,90 bez. u. G., Juni 46,80 bez. u. G., Juli 47,60 bez. u. B., August 48,40 B. u. G., September —. — *Loco Spiritus ohne Jahr 42,30 bez. u. G.*

[Die Centralbank für Genossenschaften in Liquid.] macht bekannt, daß die zweite Theil-Rückzahlung von nun ab ausgezahlt wird. Die jetzt zur Ausschüttung gelangende Quote beträgt 20 p.C., während bei der ersten Vertheilung, wie bekannt, 50 p.C. zurückgezahlt wurden.

[Preussische Bodencredit-Aktien-Bank.] Wie die „B. B. Z.“ meldet, ist der Geh. Commercierrath Stephan, einer Aufforderung des Curatoriums folge gehend, als vorliegendes Mitglied in die Direction eingetreten.

— [Postalisches.] Ueber die jetzigen billigsten Correspondenzmittel geben wir, momentlich im Interesse des Kaufmännischen Publikums, die nachstehenden Mittheilungen. Es sind gegenwärtig Postkarten mit Rückantwort zum Preise von je 10 Pf. im Verkehr mit Luxemburg, Helgoland, Belgien und Rumänien zulässig, während im allgemeinen Postverein (welchem außer den genannten Staaten das ganze übrige Europa, von Asien, das afrikanische Russland und die asiatische Türkei, von Afrika; Egypten mit Nubien und dem Sudan, Algerien, die Azoren, Madeira, Marocco und die spanischen Besitzungen von der Nordküste Afrikas; von Amerika: die Vereinigten Staaten von Amerika, angehören), die gewöhnliche Postkarte (ohne Rückantwort) mit einer Freimarke zu 10 Pf. benutzt werden kann. Von Wichtigkeit ist ferner, daß Bilder — in inneren Verkehr Deutschlands, wie im allgemeinen Postverein — welche unter Streifband versandt werden, mit einer handschriftlichen Bueignung oder Widmung versehen werden können. Dagegen ist es nur im inneren Verkehr und im Verkehr mit Österreich-Ungarn zulässig, daß Büchern, Notizen, Bildern mit Zeitschriften unter Band geschriebene Redactionen beigelegt werden.

[Lateinische Münzconvention.] Die diesjährige Conferenz der Vertreter der lateinischen Münzconvention hat beschlossen, die Frage der Einführung der Goldwährung erst auf die Tagesordnung der nächsten Conferenz, welche im Jahre 1877 statfinden wird, zu setzen, und statt definitiver Beschlüsse zu fassen, den einzelnen Conventionsstaaten wieder ihr bestimmtes Contingent von Silberprägung zuzuweisen. Während man indesten im vergangenen Jahr das Maximum der übern Künfranklinde von 20% Feinheit wieder höher als im Jahre 1874 bemessen hatte, indem der Gesamtbetrag auf 150 Millionen gegen 120 Millionen in 1874 festgestellt worden war, hat man es diesmal vorgezogen, das Maximum wieder niedriger zu fassen und dasselbe — von Griechenland mit 12 Millionen abgesehen — auf 108 Millionen festgelegt. Davon entfallen auf Frankreich 54 Millionen (gegen 75 resp. 60), auf Italien 36 Millionen (gegen 50 resp. 40), auf Belgien 10,8 Millionen (gegen 15 resp. 12), auf die Schweiz 7,2 Millionen (gegen 10 resp. 8). Die Pariser Handelsammer war noch im letzten Augenblicke energisch zu Gunsten einer sofortigen Einführung der reinen Goldwährung eingetreten, aber natürlich vergebens.

Berloosungen.

[Bukarester 20 Francs-Losse.] Lieferung vom 1. Februar. Geogene Serien: 111 308 391 449 497 558 608 626 640 753 755 830 854 866 933 959 977 1047 1196 1251 1256 1270 1490 1559 1602 1648 1749 1760 1834 1874 1953 1995 2178 2250 2278 2302 2413 2608 2718 2730 2801 2843 2872 2888 2973 3016 3066 3156 3157 3207 3221 3225 3274 3300 3394 3430 3540 3545 3583 3626 3630 3654 3692 3694 374 3834 3907 3914 3995 4117 4226 4232 4267 4363 4389 4392 4539 4560 4602 4606 4659 4727 4730 4742 4770 4946 4948 5084 5157 5174 5181 5203 5263 5330 5383 5398 5554 5739 5788 5891 5952 6259 6290 6456 6486 6502 6747 6749 6823 7028 7119 7274 7347 7437.

Prämien: Ser. 3156 Nr. 48 à 25,000 Frs. Ser. 2250 Nr. 32 à 3000 Frs. Ser. 2718 Nr. 74, Ser. 391 Nr. 72, Ser. 4389 Nr. 61, Ser. 5263 Nr. 43, Ser. 6290 Nr. 100 à 1000 Frs. Ser. 2178 Nr. 86, Ser. 2250 Nr. 93, Ser. 3016 Nr. 12, Ser. 4117 Nr. 75, Ser. 4392 Nr. 3, Ser. 4946 Nr. 70, Ser. 5203 Nr. 19, Ser. 5330 Nr. 58, Ser. 7347 50 à 500 Frs. Ser. 111 Nr. 86, Ser. 497 Nr. 94, Ser. 608 Nr. 81, Ser. 626 Nr. 87, Ser. 640 Nr. 55, Ser. 755 Nr. 76, Ser. 830 Nr. 83, Ser. 854 Nr. 96, Ser. 1047 Nr. 80, Ser. 1648 Nr. 37, Ser. 2730 Nr. 37, Ser. 3066 Nr. 8, Ser. 4560 Nr. 49, Ser. 4659 Nr. 69, Ser. 4742 Nr. 4, Ser. 5174 Nr. 95, Ser. 5263 Nr. 70, Ser. 5739 Nr. 93, Ser. 6456 Nr. 34 à 100 Frs. Ser. 497 Nr. 4, 46, Ser. 608 Nr. 9, 76, Ser. 626 Nr. 60, Ser. 753 Nr. 58, Ser. 830 Nr. 27, 63, 92, Ser. 854 Nr. 60, Ser. 933 Nr. 88, Ser. 959 Nr. 71, Ser. 1251 Nr. 37, 72, Ser. 1256 Nr. 5, 30, Ser. 1270 Nr. 22, 55, Ser. 1559 Nr. 17, 99, Ser. 1648 Nr. 13, 70, Ser. 1749 Nr. 10, 35, 52, 76, Ser. 1760 Nr. 93, Ser. 1834 Nr. 88, Ser. 1853 Nr. 11, 30, Ser. 1995 Nr. 17, 38, Ser. 2178 Nr. 48, 78, Ser. 2278 Nr. 6, Ser. 2302 Nr. 99, Ser. 2608 Nr. 4, 90, Ser. 2843 Nr. 4, 59, Ser. 2872 Nr. 3, 39, Ser. 2878 Nr. 26, Ser. 2888 Nr. 18, Ser. 3067 Nr. 3, 77, 85, Ser. 3068 Nr. 92, Ser. 3156 Nr. 46, Ser. 3221 Nr. 10, 42, Ser. 3225 Nr. 40, Ser. 3274 Nr. 53, Ser. 3540 Nr. 33, Ser. 3545 Nr. 38, Ser. 3583 Nr. 33, Ser. 3626 Nr. 44, Ser. 3630 Nr. 85, Ser. 3654 Nr. 50, Ser. 3704 Nr. 97, Ser. 3914 Nr. 66, Ser. 4117 Nr. 49, Ser. 4226 Nr. 18, 91, Ser. 4363 Nr. 19, Ser. 4392 Nr. 25, Ser. 4560 Nr. 100, Ser. 4606 Nr. 3, 33, 62, 85, Ser. 4659 Nr. 16, Ser. 4730 Nr. 5, 54, Ser. 4742 Nr. 61, Ser. 4946 Nr. 30, Ser. 5084 Nr. 20, 80, Ser. 5181 Nr. 75, Ser. 5203 Nr. 39, 73, Ser. 5263 Nr. 45, Ser. 5330 Nr. 73, Ser. 5383 Nr. 9, 71, Ser. 5952 Nr. 39, Ser. 6259 Nr. 77, Ser. 6290 Nr. 16, Ser. 6486 Nr. 92, Ser. 6505 Nr. 11, 37, Ser. 6747 Nr. 27, 69, 89, Ser. 5823 Nr. 43, 44, 47, 86, Ser. 7274 Nr. 42, Ser. 7437 Nr. 20 à 50 Frs.

Alle in den obigen Serien enthaltenen und hier nicht besonders aufgeführten Nummern erhalten den geringsten Betrag von je 20 Francs.

Ausweise.

Berlin, 4. Februar. [Wochen-Uebersicht der Deutschen Reichs-Bank vom 31. Januar.]

Activa.		
1) Metallbestand (der Bestand an coursfähigem deutschen Gelde u. an Gold in Barren oder ausländ. Münzen, das Pfund sein zu 13292 Mark berechnet)	451,114,000 Mr.	+ 13,843,000 Mr.
2) Bestand an Reichstalscheinen	36,151,000	+ 8,843,000
3) Bestand an Noten ander. Banken	13,417,000	+ 5,228,000
4) Bestand an Wedeln	388,703,000	+ 20,700,000
5) Bestand an Lombardsforderungen	55,017,000	+ 1,050,000
6) Bestand an Effecten	15,000	- 6,000
7) Bestand an sonstigen Aktiven	36,024,000	+ 185,000

haltung der Eisenbahntarife sei allerdings eine Abnormalität; zur Be- seitigung derselben existire gegenwärtig aber kein gesetzliches Mittel. Anträge auf Prüfung der deutschen Spritaustrahl lagen dem Bundes- rath vor. Die Reichsregierung werde keinen Schritt unterlassen, die Spritfabrikation zu fördern. Bei der an die Interpellation geknüpften Besprechung rechtfertigte der Hamburgische Bevollmächtigte Krüger das Verhalten der Hamburgischen Behörden.

Die Gesetzesvorlage, betreffend die Kaiser-Wilhelmsfistung wird in erster und zweiter Lesung ohne Debatte genehmigt. Hierauf folgt die zweite Beratung des Invalidenfondsgesetzes. Delbrück ist gegen die von der Commission erweiterte Form des Gesetzes. Die Bundesregierungen hätten nicht principielle Gründe dagegen, hielten aber den Augenblick durch Durchführung der Commissionsbeschlüsse nicht günstig gewählt. Riccius erklärt im Laufe der Debatte Namens der Nationalliberalen, sie würden für jetzt gegen den (von der Commission beschlossenen) § 1 stimmen und für die dritte Lesung die Interessen aller währende Schritte vorbereiten. § 1 wird abgelehnt. Bei der Debatte über § 2 erklärt Delbrück zu der von Schorlemmer hierzu beantragten Resolution, dieselbe sei ein Tadelsvotum gegen das Reichskanzleramt. Den Reichskanzler könne keine Verantwortung für die Anlage des Invalidenfonds treffen. Die Verantwortlichkeit übernehme er (Delbrück) allein, solch moralische Verantwortlichkeit wiege schwerer als eine formale politische. Delbrück beleuchtet das Verfahren bei Belegung der Fonds und weist nach, daß dabei correct und mit dem Bewußtsein, die Interessen des Invalidenfonds in vollem Umfange wahrzunehmen, zu Werke gegangen wurde. Jede Willkür bei der Anlegung sei vermieden worden. Weder Gunst noch Ungunst nach dieser oder jener Seite habe vorgenwaltet. Man wähle Papiere, wozu man volles Vertrauen hatte. Delbrück schließt: Ich wiederhole, ich fasse die Resolution als Tadelsvotum auf und überlasse dem Hause die Entscheidung. (Beifall.) Schluss. Die Resolution Schorlemmer wird abgelehnt, dafür stimmen nur das Centrum und die Sozialdemokraten. § 2 und die übrigen des Gesetzentwurfs werden angenommen. Nächste Sitzung morgen.

Der „Reichsanzeiger“ publicirt die Aufhebung des Pferdeausfuhrverbots. Er schreibt: Die gestrige Zeitungsnachricht, der Reichskanzler hielt beim Kaiser-Vortrag, ist unrichtig. Bismarck ist noch unwohl, der Kaiser beehrte denselben gestern zur Entgegennahme des Vortrags mit einem Besuch.

Berlin, 4. Februar. Ledochowski empfing gestern Abend in Boyers Hotel die Centrumspartei und die hiesige katholische Geistlichkeit und teilte heute Früh mit Fürst Edmund Radziwill nach Prag ab.

Berlin, 4. Februar. Die Reichsbank hat den Wechselsdiscont auf 4, den Lombardzinssatz auf 5 p.C. herabgesetzt.

Wien, 4. Februar. Nach der „Wiener Presse“ wurde der Leiter der Prager Filiale der Creditanstalt suspendirt. Director Weiß begiebt sich heute nach Prag. Die Gerüchte von Aufhebung der Prager Filiale werden dementirt.

Wien, 4. Februar. Hiesige Blätter melden: Die aus Prag eingelaufenen Nachrichten bestätigen, daß bei der dortigen Filiale der Creditanstalt Unregelmäßigkeiten stattfanden. Die Größe des Schadens ist noch nicht festgestellt, dürfte jedoch nach dem bisherigen Ergebnis der Untersuchung mehrere hunderttausend Gulden betragen.

Rom, 4. Februar. „Opinione“ meldet: Der Staatsrat berieb gestern über das Eruchen des preußischen Ministeriums, daß dem in Florenz weilenden Urnus das Urteil des preußischen Gerichtshofes, welches denselben zur Gefängnisstrafe verurtheilt, durch das italienische Gericht amtlich zugestellt werde. Der Staatsrat gab dem Ersuchen statt und sprach sein Einverständniß mit der Zustellung des Urtheils aus.

Italienischen Nachrichten zufolge dankte Ledochowski dem Papste gestern telegraphisch für seine Erhebung zum Cardinal und zeigte an, er werde sich sofort nach Rom begeben, sobald er noch einige Verhandlungen bezüglich seiner früheren Diözese getroffen. Wie verlautet, werden im nächsten Consistorium nur nina seorsine Cardinale ernannt.

Rom, 4. Februar. Die Budgetcommission genehmigte das Projekt der Über-Regulirung. — Der Gelehrte Capponti ist gestorben.

London, 4. Februar. Reuter's Bureau dementirt die Nachricht, daß der Fürst von Montenegro bereit sei, gegen eine Gebietssabtretung seine bei dem Aufstande der Herzegowina betheiligten Unterthanen zurückzurufen. Die „Times“ meldet aus Philadelphia: Die Repräsentantenkammer nahm eine Resolution an, wonach das Comité der auswärtigen Angelegenheiten den Präsidenten ersuchen soll, den Handelsvertrag mit Frankreich auf den Fuß der meistbegünstigten Nationen abzuschließen.

London, 3. Februar. Der Herzog von Edinburgh tritt demnächst auf die Dauer von 2 Jahren ein Commando zur See an.

London, 4. Februar. Etwa 100 ritualistische Geistliche, Macdonochie an der Spitze, veröffentlichten eine Erklärung, worin sie herzliche Beileidigung an Mannings Vorschlag, der Wiedervereinigung der Ritualisten mit Rom abwiesen; sie fügen hinzu, selbst jede Basis zu Pourviers darüber erscheine undenkbar, so lange nicht die vaticanischen Decrete auf das Formellste widerrufen wären.

Bukarest, 4. Februar. Kammerzettel. Die Interpellation beantwortend sagt der Ministerpräsident: Die Regierung werde, dem Pariser Frieden entsprechend die genaueste Neutralität bewahren. Der

vom Kriegsminister geforderte Credit bezwecke nur für alle Eventualitäten bereit zu sein, ohne daß die Regierung irgendwelche aggressive Absichten verfolge.

Telegraphische Tourne und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegraph-Bureau.)

Berlin, 4. Februar. [Schluß-Course.] Mittl. Creditangebot verstimmt.

Erste Depesche, 2 Uhr 15 Minuten.					
Cours von	4	3	Cours vom	4.	3.
Oest. Credit-Action	320, 50	334, 50	Bresl. Wall.-B.-B.	—	—
Oest. Staatsbahn	522, —	523, 50	Laurahütte	56, 50	57, —
Lombarden	197, —	197, 50	Ob.-S. Eisenbahn	25, —	26, —
Schles. Bankverein	83, 90	84, —	Wien kurz	176, 20	176, 30
Bresl. Discontobank	64, 50	64, 60	Wien 2 Monat	175, —	175, 10
Schles. Vereinsbank	88, 10	88, 10	Warschau 8 Tage	262, —	262, 45
Bresl. Wechslerbank	64, —	64, —	Deßterr. Noten	176, 55	176, 45
Pr. Wechslerb.	—	—	1860er Loose	262, 80	262, 95
do. Münzbank	—	—	1860er Loose	113, 10	113, 75

Zweite Depesche, 3 Uhr 10 Min.			
1/2 proc. preuß. Anl.	105, 10	105, 10	Rhein.-Mindener
1/2 proc. Staatschuld	92, 90	92, 90	Galizier
Posener Pfandbriefe	24, 40	24, 40	Östdeutsche Bank
Deßterr. Silberrente	64, 75	64, 80	Disconto-Komm.
Deßterr. Papierrente	60, 20	60, 30	Darmstädter Credit
Lür. 5% 1865er Anl.	19, 90	19, 50	Dortmunder Union
Italiensche Anleihe	71, 10	71, 25	Kramsta
Poln. Lig.-Pfandbr.	68, 10	68, 25	London lang
Kum. Gf. Obligation	27, 20	27, —	Baris kurz
Obersch. Litt. A.	138, 75	138, 90	Worishütte
Breslau-Freiburg	79, 50	80, —	Waggonschiff Linke
R.-D.-U.-St.-Actie	133, 25	103, 10	Oppeln Cement
R.-D.-U.-St.-Pr.	107, 40	107, 25	Ber. Br. Delsabriket
Rheinische	113, 50	113, 60	Schle. Centralbank
Bergisch-Märkische	79, —	79, —	Reichsbank
Nachbörs. Creditactien	321, —	321, 50	Frankf. 1860er Loose
197, —	197, 20	197, 10	1860er Loose
Discontocommandit 124, 70	—	—	Mindener
Darmstädter 112	—	—	Beinähe umschlos.
Habu'sche Eisenbank	104, 25	104, 25	Mitt.
Schlesische Vereinsbank	88, —	88, —	1860er Loose

Mitt. Creditangebot verstimmt.			
4.	3.	4.	3.
Rente.	68, 65	68, 75	Staats-Eisenbahn
National-Anlehen	73, 70	73, 85	Action-Certificate
1860er Loose	111, —	111, —	Lomb. Eisenbahn
1864er Loose	134, 20	134, 20	London
Credit-Actien	182, 20	188, 75	Galizier
Northwestbahn	140, —	140, 25	Unionsbank
Nordbahn	180, —	181, —	Kassencheine
Anglo.	89, —	89, 80	Mark
France	28, —	28, 50	Napoleondor

Biel. 4. Februar. [Schluß-Course.] Creditbaisse verstimmt.			
4.	3.	4.	3.
Rente.	68, 65	68, 75	Staats-Eisenbahn
National-Anlehen	73, 70	73, 85	Action-Certificate
1860er Loose	111, —	111, —	Lomb. Eisenbahn
1864er Loose	134, 20	134, 20	London
Credit-Actien	182, 20	188, 75	Galizier
Northwestbahn	140, —	140, 25	Unionsbank
Nordbahn	180, —	181, —	Kassencheine
Anglo.	89, —	89, 80	Mark
France	28, —	28, 50	Napoleondor

Paris, 4. Februar. [Schluß-Course.] Creditbaisse verstimmt.			
4.	3.	4.	3.
Rente.	68, 65	68, 75	Staats-Eisenbahn
National-Anlehen	73, 70	73, 85	Action-Certificate
1860er Loose	111, —	111, —	Lomb. Eisenbahn
1864er Loose	134, 20	134, 20	London
Credit-Actien	182, 20	188, 75	Galizier
Northwestbahn	140, —	140, 25	Unionsbank
Nordbahn	180, —	181, —	Kassencheine
Anglo.	89, —	89, 80	Mark
France	28, —	28, 50	Napoleondor

Paris, 4. Februar. [Anfangs-Course.] Creditbaisse verstimmt.			
4.	3.	4.	3.
Rente.	68, 65	68, 75	Staats-Eisenbahn
National-Anlehen	73, 70	73, 85	Action-Certificate
1860er Loose	111, —	111, —	Lomb. Eisenbahn
1864er Loose	134, 20	134, 20	London
Credit-Actien	182, 20	188, 75	Galizier
Northwestbahn	140, —	140, 25	Unionsbank
Nordbahn	180, —	181, —	Kassencheine
Anglo.	89, —	89, 80	Mark
France	28, —	28, 50	Napoleondor

London, 4. Februar. [Anfangs-Course.] Consols 94, 07. Italiener 70, 00. Lombarden 91, 15. Amerikaner 105, 00. Türk. 19, 00. — Wetter:			
</th			

Heute wurde uns ein munterer Knabe geboren. [462]
Nicolai, den 3. Februar 1876.
Grüchel und Frau.

Am 3. Februar, Vormittags 6 Uhr, wurde meine liebe Frau, Clara, geb. Klemm, von einem fröhlichen Frächen glücklich entbunden. [2557]
H. Rudolph, Postsekretär.

Den gestern Abend plötzlich erfolgten Tod seiner geliebten Frau [2592]

Marie Johanna, geb. Reschke,

zeigt tief betrübt an

v. Forckenbeck,
Oberbürgermeister.

Breslau, den 4. Februar 1876.

Durch den am 3. d. M. erfolgten Tod der Frau Oberbürgermeister von Forckenbeck

hat unsere Schule, an welcher die ewigte das Amt einer Vorstandsdame bekleidete, einen tiefgefühlten schmerzlichen Verlust erlitten. [1525]

Ihres lieblichen Wesens und ihrer unermüdeten Fürsorge werden wir uns stets mit den Gefühlen inniger Verehrung und herzlichen Dankes erinnern.

Das Lehrer-Collegium
der ev. städt. Mädchenchule Nr. 24.

Nachruf.

Durch den Tod der Frau Oberbürgermeister [2591]

von Forckenbeck

hat der unterzeichnete Vereinsvorstand ein überaus hochgeschätztes Mitglied verloren, welches dem Verein von seinem Eintritte in denselben an unangesehn eine ebenso thätige und ehrliche, als wohlwollende Theilnahme widmete. Wir werden der verstorbenen Frau, die zu unserem tiefen Bedauern so früh von uns genommen wurde, allezeit ein dankbares Gedächtnis bewahren.

Breslau, den 4. Februar 1876.

Der Vorstand
des hiesigen Kindergarten-Vereins.

Durch das Ableben seiner Ehren-Präsidentin, der [2561]

Frau Oberbürgermeister

hat auch unser Verein einen unerschöpflichen Verlust erlitten. Wir beklagen denselben aufs tiefste. [2561]

Voll der wärmsten Theilnahme für das Losos unserer Pfleglinge, stets mit regem Eifer und overmülligster Hingabe bemüht, die Lage derselben zu verbessern und das allgemeine Interesse der Sorge für das Wohl der Kötlinger zuzuwenden, hat die Dahingegangene noch ein bleibendes ehrenvolles Gedächtnis auch nach dieser Richtung hin inmitten unserer Bürgerstadt gegründet. Ihre Welt ist ein Vermächtnis an diese.

Breslau, den 4. Februar 1876.

Directorium und Vorstände des Aufsichts-Vereines für Kostkinder.

Todes-Anzeige.

Gestern Abend verschied plötzlich unser hochverehrtes Vorstandsmitglied, Frau Oberbürgermeister

Marie von Forckenbeck,

geb. Neschke,

Die Verewigte hat ihre in unserer Stadt so vielfach bewährte segensreiche Thätigkeit auch dem Augusten-Hospital angegedeihen lassen. Die hingebende Fürsorge, die sie in menschenfreudlicher und liebenswürdiger Weise in dieser Anstalt entfaltet, lässt uns ihren Verlust schmerzlich empfinden und sichtet der Verstorbenen ein ebendes Andenken. [1523]

Breslau, den 4. Februar 1876.

Der Vorstand
und die Aerzte des Augusten-Hospitals für kranke Kinder
armier Eltern.

Das am 3. Februar d. J.,

Vormittags 10 Uhr, zu Breslau nach kurzen aber schweren Leiden erfolgte sanfte Hinscheidung ihrer geliebten Schwester und Tante, der verwitweten Frau Majorin [1510]

Landgraff,

geborene von Debschitz, zeigen hierdurch tief betrübt, um stille Theilnahme bitten, Verwandten und Bekannten der Verstorbenen statt besonderer Meldung an.

Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 6. Februar, Vormittag 11 Uhr, vom Trauerhaus, Matthiasstrasse 81, nach dem neuen Kirchhof zu 11,000 Jungfrauen statt.

Todes-Anzeige.

Am 3. d. M. Nach 11½ Uhr verschied nach kurzem schwerem Leiden unser geliebtes Söhnchen [1511]

Emil Klemm

im jungen Alter von 2 Jahren 1 Tag. Dies zeigen tief betrübt ergebenst an.

C. Klemm übst Frau.

Beerdigung Sonntag Nachmittag 3 Uhr.

Trauerhaus Berlinerplatz Nr. 40.

Das Inserat: Es haben sich z. Zt. in heutiger Nr. sei hiermit einer gesetzten Belohnung empfohlen. [2552] D. R.

Sonntags-Anzeige.

Am 3. d. M. Nach 11½ Uhr verschied nach kurzem schwerem Leiden unser geliebtes Söhnchen [1511]

Emil Klemm

im jungen Alter von 2 Jahren 1 Tag. Dies zeigen tief betrübt ergebenst an.

C. Klemm übst Frau.

Beerdigung Sonntag Nachmittag 3 Uhr.

Trauerhaus Berlinerplatz Nr. 40.

Das Inserat: Es haben sich z. Zt. in heutiger Nr. sei hiermit einer gesetzten Belohnung empfohlen. [2552] D. R.

Sonntags-Anzeige.

Am 3. d. M. Nach 11½ Uhr verschied nach kurzem schwerem Leiden unser geliebtes Söhnchen [1511]

Emil Klemm

im jungen Alter von 2 Jahren 1 Tag. Dies zeigen tief betrübt ergebenst an.

C. Klemm übst Frau.

Beerdigung Sonntag Nachmittag 3 Uhr.

Trauerhaus Berlinerplatz Nr. 40.

Das Inserat: Es haben sich z. Zt. in heutiger Nr. sei hiermit einer gesetzten Belohnung empfohlen. [2552] D. R.

Sonntags-Anzeige.

Am 3. d. M. Nach 11½ Uhr verschied nach kurzem schwerem Leiden unser geliebtes Söhnchen [1511]

Emil Klemm

im jungen Alter von 2 Jahren 1 Tag. Dies zeigen tief betrübt ergebenst an.

C. Klemm übst Frau.

Beerdigung Sonntag Nachmittag 3 Uhr.

Trauerhaus Berlinerplatz Nr. 40.

Das Inserat: Es haben sich z. Zt. in heutiger Nr. sei hiermit einer gesetzten Belohnung empfohlen. [2552] D. R.

Sonntags-Anzeige.

Am 3. d. M. Nach 11½ Uhr verschied nach kurzem schwerem Leiden unser geliebtes Söhnchen [1511]

Emil Klemm

im jungen Alter von 2 Jahren 1 Tag. Dies zeigen tief betrübt ergebenst an.

C. Klemm übst Frau.

Beerdigung Sonntag Nachmittag 3 Uhr.

Trauerhaus Berlinerplatz Nr. 40.

Das Inserat: Es haben sich z. Zt. in heutiger Nr. sei hiermit einer gesetzten Belohnung empfohlen. [2552] D. R.

Sonntags-Anzeige.

Am 3. d. M. Nach 11½ Uhr verschied nach kurzem schwerem Leiden unser geliebtes Söhnchen [1511]

Emil Klemm

im jungen Alter von 2 Jahren 1 Tag. Dies zeigen tief betrübt ergebenst an.

C. Klemm übst Frau.

Beerdigung Sonntag Nachmittag 3 Uhr.

Trauerhaus Berlinerplatz Nr. 40.

Das Inserat: Es haben sich z. Zt. in heutiger Nr. sei hiermit einer gesetzten Belohnung empfohlen. [2552] D. R.

Sonntags-Anzeige.

Am 3. d. M. Nach 11½ Uhr verschied nach kurzem schwerem Leiden unser geliebtes Söhnchen [1511]

Emil Klemm

im jungen Alter von 2 Jahren 1 Tag. Dies zeigen tief betrübt ergebenst an.

C. Klemm übst Frau.

Beerdigung Sonntag Nachmittag 3 Uhr.

Trauerhaus Berlinerplatz Nr. 40.

Das Inserat: Es haben sich z. Zt. in heutiger Nr. sei hiermit einer gesetzten Belohnung empfohlen. [2552] D. R.

Sonntags-Anzeige.

Am 3. d. M. Nach 11½ Uhr verschied nach kurzem schwerem Leiden unser geliebtes Söhnchen [1511]

Emil Klemm

im jungen Alter von 2 Jahren 1 Tag. Dies zeigen tief betrübt ergebenst an.

C. Klemm übst Frau.

Beerdigung Sonntag Nachmittag 3 Uhr.

Trauerhaus Berlinerplatz Nr. 40.

Das Inserat: Es haben sich z. Zt. in heutiger Nr. sei hiermit einer gesetzten Belohnung empfohlen. [2552] D. R.

Sonntags-Anzeige.

Am 3. d. M. Nach 11½ Uhr verschied nach kurzem schwerem Leiden unser geliebtes Söhnchen [1511]

Emil Klemm

im jungen Alter von 2 Jahren 1 Tag. Dies zeigen tief betrübt ergebenst an.

C. Klemm übst Frau.

Beerdigung Sonntag Nachmittag 3 Uhr.

Trauerhaus Berlinerplatz Nr. 40.

Das Inserat: Es haben sich z. Zt. in heutiger Nr. sei hiermit einer gesetzten Belohnung empfohlen. [2552] D. R.

Sonntags-Anzeige.

Am 3. d. M. Nach 11½ Uhr verschied nach kurzem schwerem Leiden unser geliebtes Söhnchen [1511]

Emil Klemm

im jungen Alter von 2 Jahren 1 Tag. Dies zeigen tief betrübt ergebenst an.

C. Klemm übst Frau.

Beerdigung Sonntag Nachmittag 3 Uhr.

Trauerhaus Berlinerplatz Nr. 40.

Das Inserat: Es haben sich z. Zt. in heutiger Nr. sei hiermit einer gesetzten Belohnung empfohlen. [2552] D. R.

Sonntags-Anzeige.

Am 3. d. M. Nach 11½ Uhr verschied nach kurzem schwerem Leiden unser geliebtes Söhnchen [1511]

Emil Klemm

im jungen Alter von 2 Jahren 1 Tag. Dies zeigen tief betrübt ergebenst an.

C. Klemm übst Frau.

Beerdigung Sonntag Nachmittag 3 Uhr.

Trauerhaus Berlinerplatz Nr. 40.

Das Inserat: Es haben sich z. Zt. in heutiger Nr. sei hiermit einer gesetzten Belohnung empfohlen. [2552] D. R.

Sonntags-Anzeige.

Am 3. d. M. Nach 11½ Uhr verschied nach kurzem schwerem Leiden unser geliebtes Söhnchen [1511]

Emil Klemm

im jungen Alter von 2 Jahren 1 Tag. Dies zeigen tief betrübt ergebenst an.

C. Klemm übst Frau.

Beerdigung Sonntag Nachmittag 3 Uhr.

Trauerhaus Berlinerplatz Nr. 40.

Das Inserat: Es haben sich z. Zt. in heutiger Nr. sei hiermit einer gesetzten Belohnung empfohlen. [2552] D. R.

Sonntags-Anzeige.

Am 3. d. M. Nach 11½ Uhr verschied nach kurzem schwerem Leiden unser geliebtes Söhnchen [1511]

Emil Klemm

im jungen Alter von 2 Jahren 1 Tag. Dies zeigen tief betrübt ergebenst an.

C. Klemm übst Frau.

Beerdigung Sonntag Nachmittag 3 Uhr.

Trauerhaus Berlinerplatz Nr. 40.

Das Inserat: Es haben sich z. Zt. in heutiger Nr. sei hiermit einer gesetzten Belohnung empfohlen. [2552] D. R.

Sonntags-Anzeige.

Am 3. d. M. Nach 11½ Uhr verschied nach kurzem schwerem Leiden unser geliebtes Söhnchen [1511]

Emil Klemm

im jungen Alter von

Das Geheimniß,

wie in Carlsbad,
so wie in allen böhmischen Bädern der
vorzüglich schmeckende Kaffee bereitet
wird, besteht einfach darin, daß man
dem Bohnen-Kaffee eine Quantität

Feigen-Kaffee

beimischt. [1900]

Zu haben in bester Qualität bei
S. G. Schwartz,
Oblauerstraße 21.

Kartoffel-Verkauf.

Auf dem Dominium Schrädsdorf
bei Frankenstein ist eine größere Partie
Speise- und Brennerei-Kartoffeln zu
verkaufen. [404]

Trische Hasen,
aus gespickt v. 24—28 Sgr. Nebwilb,
Fasanen, Großvögel, geschlachtete
Puten, Gänse, Enten, Kapauinen u.
a. Geflügel empfiehlt zu billigsten
Preisen. [1521]

C. Schubert, Oblauerstraße 18.

Silberpusz-Seife

zum Reinigen und Polieren von
Silber, Neusilber, Zinn, Glas,
Spiegeln, Marmor u. s. w.,
à Stück 25 Pf. Commanditen
werden in allen größeren Städten
errichtet. [2566]

R. Hausfelder's

Parfümerie- & Toiletten-
Seifen-Fabrik und Handlung,
Schweidnitzerstr. 28.

Ein Galander

mit 2 eisernen und 1 Papier-Walze,
zu 139 Cm. breiter Waare, zu ver-
kaufen. Offeren unter M. N. 4 an
die Exp. der Breslauer Ztg. [458]

Ein Dampfkessel,

3—5 Atmosphären Spannung, 4—5
Wärmedrähte leistend, schon gebraucht
aber gut gehalten, wird zu kaufen ge-
sucht. [463]

Offeren unter B. B. 8 an d. Exped.
der Breslauer Zeitung.

Cement-Fässer.

Gebrauchte, noch gut erhal-
tene Cementfässer, nur Stet-
tiner, werden zu jeder Zeit bei
höchsten Preisen zu kaufen ge-
sucht. Offeren nimmt Herr
Carl Singer in Oppeln ent-
gegen. [432]

Zwei rothbraune

Wagenvölkerde, Stute
und Wallach, letzterer
auch geritten, 3", 6 und 9 Jahre
alt, elegant, mit gutem Gang-
werk, und ein hellbrauner

Wallach,

5" und 6 Jahre
alt, gefahren, mit auffallenden
Gängen, sind billig zu verkaufen.
Näheres unter H. 2254 durch
die Annoncen-Expedition von
Haasenstein & Vogler in
Breslau. [2508]

Holländer

Vollblutbulle
zu zeitgemäßen Preisen zum Kaufe.

Stellen-Anerbieten und Gesuche.

Insertionspreis 15 Mrkpf. die Zeile.

Ein Lehrer, in Buchhaltung u. prak-
t. Rechnungen auf 4—6 Wochen für
gutes Honorar in e. kathol. Hause
söfort gesucht unter Nakel a. d. Ostb. 17
P. O. postlagernd. [457]

Ein Hauslehrer nach
Rußland für 3 Knaben wird
söfort gesucht. Meldungen bei
Dr. Toeplig, Ursuliner-Straße
5—6, 1 Treppe, Nachmittags
von 3—5 Uhr. [2580]

Eine in Sprachen und Musik be-
währte Lehrerin kann sich zur
Nachhilfe in den Schularbeiten und
zur Konversation für den ganzen Nach-
mittag melden. [1526]

Näheres Tauenienplatz 7, 2. Et.
Ein gebild. Mädchen, mit d. Führung
der häusl. Arb. voll. vertr. auch
bes. jüng. Kind. Elementarunt. zu erb.,
wör. d. best. Bezug. vorb., s. Stell. Ges.
Ost. u. Ch. B. 1367 best. d. Annonenbüro.
Grüter, Breslau, Niemecke 24.

**Eine tüchtige Ver-
käuferin,**
welche nachweislich selbstständig einem grö-
ßen Puz- und Tapiseriegeschäft
bevorstehend, findet bei hohem
Salair und freier Station per
1. April dauernde Stellung.

Johanna Danziger,
Königshütte D. Schl.

Eine tüchtige Ver-
käuferin, welche die besten Empfehlungen zur
Seite stehen, sucht Engagement.

Offeren werden sub H. H. 183
durch Haasenstein & Vogler, Bittau,
erbeten. [2584]

Ein anständiges Mädchen, mit
weiblichen Handarbeiten, Küche u.
Milchwirtschaft vertraut, sucht Stel-
lung. Antritt auf Wunsch bald. Ges.
Ost. erh. u. J. K. 88 postl. Gleiwitz.

Wir suchen [2534]

20 Buchhandlungs- Reisende

unter günstigen Bedingungen und auf
neue zugängliche Werke für unsere

Filiale in Liegnitz
(G. Gocksch), Jauerstraße 10.

Mainz u. Neustadt a. S. dt.
Rheinische Verlagsbuchhd.

Die Herrschaft Kottulin D. S.
(Poststation) offerit eine Anzahl
sprungsfähiger [387]

Holländer

Vollblutbulle

zu zeitgemäßen Preisen zum Kaufe.

Ein junger Mann,

der in allen Comptoir-

Arbeiten firm und bekannt

mit Branche und Kundshaft

ist, wird für eine hiesige Kork-

fabrik und Bier-

Brauerei - Artifel-

Handlung per 1. April

1876 als Stadtreisen-

der gesucht.

Offeren erbeten sub H. 2272

an die Annoncen-Expedition

von Haasenstein & Vogler,

Breslau. [2582]

Wir suchen [2534]

20 Buchhandlungs- Reisende

unter günstigen Bedingungen und auf
neue zugängliche Werke für unsere

Filiale in Liegnitz
(G. Gocksch), Jauerstraße 10.

Mainz u. Neustadt a. S. dt.

Rheinische Verlagsbuchhd.

Wir suchen [2534]

20 Buchhandlungs- Reisende

unter günstigen Bedingungen und auf
neue zugängliche Werke für unsere

Filiale in Liegnitz
(G. Gocksch), Jauerstraße 10.

Mainz u. Neustadt a. S. dt.

Rheinische Verlagsbuchhd.

Wir suchen [2534]

20 Buchhandlungs- Reisende

unter günstigen Bedingungen und auf
neue zugängliche Werke für unsere

Filiale in Liegnitz
(G. Gocksch), Jauerstraße 10.

Mainz u. Neustadt a. S. dt.

Rheinische Verlagsbuchhd.

Wir suchen [2534]

20 Buchhandlungs- Reisende

unter günstigen Bedingungen und auf
neue zugängliche Werke für unsere

Filiale in Liegnitz
(G. Gocksch), Jauerstraße 10.

Mainz u. Neustadt a. S. dt.

Rheinische Verlagsbuchhd.

Wir suchen [2534]

20 Buchhandlungs- Reisende

unter günstigen Bedingungen und auf
neue zugängliche Werke für unsere

Filiale in Liegnitz
(G. Gocksch), Jauerstraße 10.

Mainz u. Neustadt a. S. dt.

Rheinische Verlagsbuchhd.

Wir suchen [2534]

20 Buchhandlungs- Reisende

unter günstigen Bedingungen und auf
neue zugängliche Werke für unsere

Filiale in Liegnitz
(G. Gocksch), Jauerstraße 10.

Mainz u. Neustadt a. S. dt.

Rheinische Verlagsbuchhd.

Wir suchen [2534]

20 Buchhandlungs- Reisende

unter günstigen Bedingungen und auf
neue zugängliche Werke für unsere

Filiale in Liegnitz
(G. Gocksch), Jauerstraße 10.

Mainz u. Neustadt a. S. dt.

Rheinische Verlagsbuchhd.

Wir suchen [2534]

20 Buchhandlungs- Reisende

unter günstigen Bedingungen und auf
neue zugängliche Werke für unsere

Filiale in Liegnitz
(G. Gocksch), Jauerstraße 10.

Mainz u. Neustadt a. S. dt.

Rheinische Verlagsbuchhd.

Wir suchen [2534]

20 Buchhandlungs- Reisende

unter günstigen Bedingungen und auf
neue zugängliche Werke für unsere

Filiale in Liegnitz
(G. Gocksch), Jauerstraße 10.

Mainz u. Neustadt a. S. dt.

Rheinische Verlagsbuchhd.

Wir suchen [2534]

20 Buchhandlungs- Reisende

unter günstigen Bedingungen und auf
neue zugängliche Werke für unsere

Filiale in Liegnitz
(G. Gocksch), Jauerstraße 10.

Mainz u. Neustadt a. S. dt.

Rheinische Verlagsbuchhd.

Wir suchen [2534]

20 Buchhandlungs- Reisende

unter günstigen Bedingungen und auf
neue zugängliche Werke für unsere

Filiale in Liegnitz
(G. Gocksch), Jauerstraße 10.

Mainz u. Neustadt a. S. dt.

Rheinische Verlagsbuchhd.

Wir suchen [2534]

20 Buchhandlungs- Reisende

unter günstigen Bedingungen und auf
neue zugängliche Werke für unsere

Filiale in Liegnitz
(G. Gocksch), Jauerstraße 10.

Mainz u. Neustadt a. S. dt.

Rheinische Verlagsbuchhd.

Wir suchen [2534]

20 Buchhandlungs- Reisende

unter günstigen Bedingungen und auf
neue zugängliche Werke für unsere

Filiale in Liegnitz
(G. Gocksch), Jauerstraße 10.

Mainz u. Neustadt a. S. dt.

Rheinische Verlagsbuchhd.

Wir suchen [2534]

20 Buchhandlungs- Reisende

unter günstigen Bedingungen und auf
neue zugängliche Werke für unsere

Filiale in Liegnitz<br